

**BERND MARTIN**

## Die deutschen Gewerkschaften und die nationalsozialistische Machtübernahme

Von der Anpassungspolitik während der Präsidialkabinette  
zur Selbstausschaltung im totalitären Staat

# Die deutschen Gewerkschaften und die nationalsozialistische Machtübernahme

## Von der Anpassungspolitik während der Präsidialkabinette zur Selbstausschaltung im totalitären Staat\*

Die nationalsozialistische Strategie zur Festigung der Herrschaft, die so erfolgreich betriebene Politik der Gleichschaltung, aber auch die nationalistisch-völkische Sogwirkung, die von der sogenannten „nationalen Revolution“ ausging, lassen sich beispielhaft und am anschaulichsten an der Reaktion des stärksten politischen Gegners der Nationalsozialisten, der 1932 etwa 4 Millionen Mitglieder umfassenden freien Gewerkschaftsbewegung<sup>1</sup>, aufzeigen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund stellte die zahlenmäßig größte freie Gewerkschaft in der damaligen Welt dar<sup>2</sup>. Zusammen mit der ihm nahestehenden sozialdemokratischen Partei und deren Schutztruppe, dem „Reichsbanner“, vermochte die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft, ab Dezember 1931 in der „Eisernen Front“ zusammengefaßt<sup>3</sup>, Millionen von Menschen zu mobilisieren<sup>4</sup>. Angesichts dieser Zahlenverhältnisse schien die Aussage des stellvertretenden ADGB-Vorsitzenden wenige Tage nach dem Machtantritt Hitlers gerechtfertigt: „Wir brauchen nur auf den Knopf zu drücken, dann steht alles still.“<sup>5</sup> Doch den Knopf sollten nicht die Arbeitnehmer, sondern die Nationalsozialisten betätigen. Anders als die radikalere, aber zahlenmäßig weitaus geringere kommunistische Arbeiterschaft, die in der Folge des Reichstagsbrandes gewaltsam ausgeschaltet werden konnte, erwies sich ein solcher frontaler Angriff auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft schon bald als überflüssig. Hitler, der noch auf der Kabinettsitzung am 30. Januar die Gefahr eines Generalstreiks sehr ernst genommen hatte<sup>6</sup>, konnte bereits Mitte April 1933 geringschätzend, indes noch unentschlossen über das weitere Schicksal der Gewerkschaften bemerken: „Wir wollen sehen, was aus diesem Wechselbalg wird“<sup>7</sup>, und Goebbels schließlich am 1. Mai freudig seinem Tagebuch anvertrauen: „Morgen werden wir nun die Gewerkschaftshäuser besetzen, Widerstand ist nirgends zu erwarten.“<sup>8</sup> Erklärungen für diesen kampflosen Zusammenbruch des mächtigsten und eingeschworenen Gegners der Hitler-Bewegung gibt es viele. Sie reichen von der kommunistischen These des Verrats der reformistischen Gewerkschaftsführung, der „gesetzmäßigen“ Entwicklung von Legien über Leipart zum nationalsozialistischen Arbeiterführer Ley<sup>9</sup>, über Herausstellung sog. objektiver Handlungszwänge bis hin zur kritiklosen Verteidigung der damaligen Gewerkschaftspolitik. Der kommunistischen Anschuldigung vom Verrat wurde in halboffiziellen bzw. offiziellen Publikationen des DGB bisher die Lauterkeit und Ehrenhaftigkeit von Gewerkschaftsführern entgegengehalten, die ihr Leben im Widerstand gegen Hitler ließen<sup>10</sup>, die kritische Zeit der Gewerkschaftsbewegung jedoch, der Zeitraum vor und unmittelbar nach der Machtübernahme, gern übergangen oder im Falle der Entstehung der Einheitsgewerkschaft, des Führerkreises, sogar falsch dargestellt<sup>11</sup>. Schuld an dieser lange Zeit unbefriedigenden gewerkschaftlichen „Vergangenheitsbewältigung“ tragen auch die Historiker und Sozialwissenschaftler, die

erst seit Mitte der siebziger Jahre, von einer orthodox neomarxistischen Schulrichtung herausgefordert<sup>12</sup>, solide Abhandlungen vorzulegen begannen, bevor der DGB 1979 die erste wissenschaftliche Konferenz zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung organisierte<sup>13</sup>.

Weder der Anklage verfallend, noch um Verteidigung bemüht, verstehen sich die folgenden Ausführungen als eine kritische Bestandsaufnahme der Gewerkschaftspolitik in den Endjahren der Weimarer Republik, der ab März 1930 einsetzenden Phase der Präsidialkabinette, und den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft. Entsprechend dem klassischen historischen Ansatz, dem auf Verstehen bedachten Beschreiben, sollen sowohl die objektiven Zwänge aufgezeigt werden, denen die Gewerkschaften in der Zeit des Übergangs von der parlamentarischen zur autoritären Herrschaft ausgesetzt waren, als auch Handlungsspielräume und Alternativen der gewerkschaftlichen Führung sowie Reaktionen der Basis, der organisierten Massen, erfaßt werden. In einem geschichtlichen Rückblick auf das Verhältnis zwischen Staat, gesellschaftspolitischen Gruppen und den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, dem ersten Kapitel, sollen die Voraussetzungen und die langfristigen Ursachen für die — im zweiten Kapitel abzuhandelnde — Politik des Abwartens und schließlich Anbiedereens der Gewerkschaftsspitze gegenüber den Nationalsozialisten dargelegt werden. Im Schlußkapitel wird in Form einer vorsichtigen Wertung versucht, die Hauptfehler dieses Lehrstückes vom Versagen der Gewerkschaften und damals vorhandene andere Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten zusammenzufassen.

Im Mittelpunkt stehen die freien Gewerkschaften, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund (AFA-Bund), da diese im Vergleich zu den etwa 1,1 Millionen Organisierte umfassenden christlichen Gewerkschaften und den liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften mit etwa 450 000 Mitgliedern zum einen mit Abstand der stärkste Verband waren (85 % der Organisierten) und zum anderen das Sprachrohr der organisierten Arbeiterschaft darstellten. Hingegen überwogen bei den christlichen und in noch stärkerem Ausmaß bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften unter den Mitgliedern die Angestellten<sup>15</sup>. Für den unterschiedlichen Grad der Empfänglichkeit der einzelnen Gewerkschaften gegenüber den nationalsozialistischen Losungen einer ständisch gegliederten Volksgemeinschaft wurde diese verschiedenartige soziale Zusammensetzung der Mitgliederschaft im Frühjahr 1933 ausschlaggebend.

## **1. Geschichtlicher Rückblick auf die Gewerkschaftspolitik in der Weimarer Zeit**

In noch viel stärkerem Maße als die Sozialdemokratische Partei bewegten sich die ihr nahestehenden freien Gewerkschaften in dem Spannungsfeld zwischen Ideologie und politisch-gesellschaftlicher Praxis. Dem Leitziel eines sozialistischen Gemeinwesens ideologisch verpflichtet, mußten sich die Gewerkschaften auf dem realen Boden kapitalistischer Verhältnisse bewegen, um Verbesserungen für die lohnabhängigen Arbeitermassen zu erzwingen<sup>16</sup>. Zu einem direkten Angriff auf die bestehenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse mit dem Ziel, den realen Sozialismus zu schaffen, waren die Gewerkschaften, als Tarifpartner erst 1916 von staatlicher Seite anerkannt<sup>17</sup>, im wilhelminischen Deutschland zu schwach. Konzentration auf den inneren Ausbau des

Gewerkschaftsbundes, die Mitgliederwerbung, und Vermeiden von Provokationen gegenüber der Staatsmacht wurden daher zu bestimmenden Leitlinien einer reformistischen, auf pragmatisches Arrangieren abzielenden Gewerkschaftspolitik. Sozialistische Politik und theoretische Grundsatzentscheidungen wurden der Partei überlassen, während sich die Gewerkschaften einseitig auf Besserung des Lebensstandards der Arbeiterschaft konzentrierten. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wurde zu einem unpolitischen, rein wirtschaftlich orientierten Interessenverband und verbaute sich damit den Blick für den gesellschaftlich möglichen und von Teilen der Mitgliedschaft vehement geforderten Wandel der bestehenden Verhältnisse. Der auch von der Mehrheit der SPD gebilligte Verzicht auf den Massenstreik zur Durchsetzung politischer Forderungen, eine Reaktion der Parteiführung auf die Ereignisse der russischen Revolution von 1905<sup>18</sup>, verpflichtete die Gewerkschaften bei Kriegsausbruch der Politik des Burgfriedens und ließ sie, nach endgültiger verfassungsrechtlicher Anerkennung im Oktober 1918, sogar für die Erhaltung einer konstitutionellen Monarchie eintreten<sup>19</sup>.

Bereits 1918 entglitten die Massen, die auf eine radikale Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse drängten, der gewerkschaftlichen Führung. Sie formierten sich damals — im Gegensatz zu 1933 — im linken Lager, in der Rätebewegung, und proklamierten die Republik. In dieser Zeit eines staatspolitischen Machtvakuumms vor den Wahlen zur Nationalversammlung erschien der Gewerkschaftsführung allein ein Zusammengehen mit den Unternehmern aussichtsreich, um die Arbeiterschaft wieder unter die Kontrolle ihrer Organisation zu bekommen. Die Begründung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft (ZAG) vom 15. November 1918<sup>20</sup> erfolgte daher im gemeinsamen Interesse von Arbeitgebern und Gewerkschaftsführern, radikale Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft zu unterbinden und einen befürchteten staatlichen Dirigismus der Wirtschaft abzuwehren. Diese Koalition brachte entscheidende Verbesserungen für die Arbeiter, wie paritätische Schlichtungsstellen, Arbeiterausschüsse in den Betrieben und nicht zuletzt den Achtstundentag, verpflichtete indes die Gewerkschaften zur Verteidigung des gesellschaftspolitischen Status quo und schloß somit Sozialisierungen größeren Stils aus. Die in Fortsetzung des Burgfriedens beibehaltene Zwangsschlichtung bei Arbeitskonflikten schränkte den Handlungsspielraum der Gewerkschaften weiter ein. Gesetzlich 1923 neu reguliert<sup>21</sup>, mußte sich diese Schlichtungsordnung, sollte die Regierung einmal von konservativen Rechtskräften übernommen werden, auch nachteilig für die materiellen Interessen der Arbeiterschaft auswirken. In der Umbruchphase von der Monarchie zur Republik verfolgten die freien Gewerkschaften — bei verbaler Übernahme sozialistischer Losungen von der Partei — allein das Ziel, die Organisation zu stärken, und begaben sich aller Einflußmöglichkeiten, der jungen Republik eine parlamentarisch solidere Basis zu verschaffen und wirtschaftspolitische Änderungen einzuleiten.

Trotz eines gigantischen Mitgliederzuwachs, der 1920 mit ca. 8,5 Millionen Organisierten den Höchststand brachte<sup>22</sup>, waren die Gewerkschaften politisch in die Defensive gedrängt und mußten der ab 1920 von der Unternehmerschaft planmäßig betriebenen sozialen Demontage hilflos zusehen, wie der Aufhebung des Achtstundentages, und ein staatlich verordnetes Betriebsrätegesetz hinnehmen, das statt Mitbestimmung den Gewerkschaften die Verpflichtung zum Arbeitsfrieden auferlegte<sup>23</sup>. Die Rettung der Republik durch den erfolgreichen Generalstreik während des Kapp-Putsches

(1920) — die einzige politische Demonstration gewerkschaftlicher Macht in der Weimarer Republik — wurde nicht honoriert<sup>24</sup>. Statt dessen sahen die Unternehmer<sup>25</sup>, die einflußreichste Gruppierung innerhalb der nach wie vor politisch bestimmenden alten Eliten, in der organisierten Arbeiterschaft ihren eigentlichen Gegner. Während der politischen und wirtschaftlichen Krise der Republik 1923 erreichte die Polarisierung zwischen Kapital und Arbeit, manifest in der Aufkündigung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft, ihren ersten Höhepunkt<sup>26</sup> und wirkte fortan auf die innenpolitische Radikalisierung des jungen Staatswesens bis zu dessen Untergang.

Der nunmehr einsetzende Schwund in der Mitgliederzahl des ADGB, dem zwischen 1920 und 1926 etwa jeder zweite aus Enttäuschung den Rücken kehrte<sup>27</sup>, konnte durch programmatische Leitgedanken, wie sie Hilferding mit seinem Konzept vom „Organisierten Kapitalismus“<sup>28</sup> formulierte und Naphtali in seiner Version von der „Wirtschaftsdemokratie“<sup>29</sup> entwarf, nicht aufgehalten werden. Die Versuche der Parteitheoretiker, über das bestehende gesellschaftspolitische System evolutionäre Veränderungen einzuleiten, den Kapitalismus zu biegen, bevor er in weiter Zukunft einmal gebrochen werden sollte<sup>30</sup>, waren eigentlich ein Appell an den Staat, sich als Vertreter der Gemeinschaftsinteressen zu begreifen. Dieses Harmoniemodell eines Interessenausgleichs lag auf der Linie eines verstärkten reformistischen Kurses, der durch die äußerliche Konsolidierung der Republik ab etwa 1924 vorgegeben schien, wurde aber durch die ab 1928 im Reich spürbare erneute Wirtschaftskrise sogleich zerstört. In der nunmehr einsetzenden weltweiten Depression, die sich in Deutschland zur Existenzkrise der Republik ausweitete, geriet der von den Parteien der Mitte (Weimarer Koalition) getragene Staat unter zunehmenden Druck von konservativer Seite. Die allmähliche Hinwendung der Regierung zum nationalen Lager der Rechten und der zunehmende Einfluß traditioneller Facheliten im Staatsdienst machten den Staat denkbar ungeeignet für die Rolle des neutralen Sachwalters. Die Gewerkschaften fanden sich — in Ermangelung eines eigenständigen gesellschaftspolitischen Konzeptes — in eine Randposition gedrängt.

Eine Vorreiterfunktion beim Angriff auf die Weimarer Koalition und damit auf das von ihr repräsentierte parlamentarische System übte der „Reichsverband der Deutschen Industrie“ (RDI) aus. In einer Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ vom 2. Dezember 1929<sup>31</sup> legten die Industriellen ihre Forderungen auf den Tisch. Die Senkung der Löhne und Kürzung der Arbeitslosenversicherung bedeuteten eine Kampfansage an die Gewerkschaften, der Ruf nach Reduzierung der Staatsausgaben und Herabsetzung der direkten Steuern eine Herausforderung an den Staat. Unüberhörbar stand hinter diesen Forderungen der Wunsch nach einem starken Politiker, der mit Hilfe eines nach der Weimarer Verfassung (§ 48) möglichen Verordnungsregimes den Staat im Inneren sanieren und dem Reich nach außen hin seine verlorene Großmachtgeltung zurückgewinnen sollte. Der einsetzende Streit um die Arbeitslosenversicherung war daher nur symptomatisch für die Auseinandersetzung zwischen den demokratischen Kräften und den für eine autoritäre Umgestaltung des Staatswesens eintretenden alten Eliten. Der Bruch der Großen Koalition im März 1930 ging auf eine von der gewerkschaftlichen Basis erzwungene Grundsatzentscheidung des ADGB zurück, jeglichen Kompromiß, der eine soziale Minderstellung der Arbeitnehmer beinhaltete, zu verwerfen<sup>32</sup>. Angesichts der Generaloffensive des Unternehmerlagers auf die mühsam

erworbenen Rechte der Arbeiter war diese Haltung konsequent<sup>33</sup>, selbst wenn die schließlich noch anstehende halbprozentige Beitragserhöhung der Arbeitslosenversicherung von den Lohnempfängern hätte getragen werden können. Doch im Hinblick auf die langfristigen politischen Zielsetzungen der restaurativen Kräfte erwies sich die Entscheidung der Gewerkschaften als Fehler. Denn mit dem Rückzug der SPD aus der Regierungsverantwortung verloren die Gewerkschaften ihre politische Interessenvertretung und überließen wirtschaftspolitische Initiativen zur Krisenbewältigung fortan ihren Gegnern<sup>34</sup>.

Der Brüning'schen Sparpolitik, durch Reallohnsenkungen die Krise zu meistern und der anschwellenden Zahl der Arbeitslosen Herr zu werden, vermochten die Gewerkschaften aus der Isolation heraus anfangs nicht einmal eigenständige Krisenprogramme entgegenzusetzen. Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Erhöhung der Kaufkraft, „Preisherabsetzung nicht Lohnherabsetzung“<sup>35</sup>, entsprachen traditionellen Gewerkschaftsparolen und hätten angesichts von 3 Millionen Arbeitslosen im Jahr 1930 keine spürbare Verbesserung der Lage erzielt. Befangen im reformistischen, staatskonformen Handeln, ideologisch indes auf das irgendwann eintretende Ende des Kapitalismus fixiert, nahmen die Spitzenvertreter von Gewerkschaft und SPD die Wirtschaftskrise als eine Art kapitalistisches Naturereignis hin und klammerten sich an die Hoffnung, daß wie schon so oft zuvor auch diese Krise bald ohne grundlegende Erschütterungen des Systems überwunden sein werde. Aus dieser passiven Haltung heraus blieb dem ADGB wie der SPD nichts anderes übrig, als den „Sumpfpfad der Tolerierung“<sup>36</sup> zu beschreiten. Die Notverordnungen Brüning's wurden zwar mit Rücksicht auf die sich radikalisierende Basis in der Partei- und Gewerkschaftspresse verbal bekämpft, aber in Wirklichkeit hingenommen<sup>37</sup>. Durch den überraschenden Wahlerfolg der Nationalsozialisten im September 1930, als die NSDAP mit 107 Mandaten (1928 : 12) zur zweitstärksten Partei hinter der SPD (143 Mandate) aufrückte, wurden die Gewerkschaften endgültig zum Gefangenen der Lage und mußten fortan sogar Notverordnungen tolerieren, die auf eine staatliche Lohnpolitik hinausliefen (8. Dezember 1931) und die Tarifhoheit einschränkten<sup>38</sup>.

Mit dem Phänomen des aufsteigenden deutschen Faschismus setzte sich die ADGB-Führung genauso wenig auseinander wie mit den weltweiten Ursachen der Wirtschaftskrise<sup>39</sup>. Der Vorstand des ADGB hatte seine Akten über die NSDAP 1923 buchstäblich geschlossen. Hitler galt als Narr, sein proletarischer Anhang als eine Mischung aus „gelben“ Gewerkschaftlern und wilden Spartakisten<sup>40</sup>. Der nationalsozialistische Führer war in den Augen der Gewerkschaftsfunktionäre ein politischer Rattenfänger, der die subproletarischen, minderwertigen Volksschichten in Zeiten einer Krise vorübergehend zu fesseln vermochte. An dieser leichtfertigen Einschätzung der nationalsozialistischen Bewegung durch die Gewerkschaften änderte sich auch nichts, als die Nationalsozialisten 1932 zur stärksten Partei im Reichstag aufrückten und den Straßenterror gegen die Arbeiterschaft steigerten. Im ADGB-Vorstand fand nie eine Sitzung über Wesen und Zielsetzungen der Nationalsozialisten statt<sup>41</sup>. Noch 1932, als Hitler in noch internen, jedoch in Gewerkschaftskreisen bekannten Reden vor Industriellen die Zerschlagung der „marxistischen Gewerkschaften“ lauthals propagierte<sup>42</sup>, wurde der Führer der stärksten Partei als politischer Quacksalber eines bunten Haufens abqualifiziert und sein Wirtschaftsprogramm, als gegen alle Gesetze der Vernunft gerichtet, abge-

tan<sup>43</sup>. Die politische Unbeweglichkeit und Überheblichkeit gewerkschaftlicher Spitzenfunktionäre, denen Kommunisten wie Unternehmer als Feinde schlechthin erschienen, offenbarte sich am krassesten in einer Fehleinschätzung, ja Nichtbeachtung der nationalsozialistischen Gefahr, wie sie in dieser Form von keiner anderen, nicht einmal von konservativer Seite vorgenommen wurde. Die Antwort eines Spitzenfunktionärs (Tarnow) auf Warnungen vor der Dynamik des Nationalsozialismus spricht für sich selbst: „Wenn die Heilsarmee spielt, lockt sie auch immer ein zahlreiches Publikum an.“<sup>44</sup> Die späteren Heils-Rufe beim Sturm auf die Gewerkschaftshäuser klangen dann doch etwas anders.

Im Bannkreis der Brüning'schen Deflationspolitik verharrend, erkannte die Gewerkschaftsführung die mit steigenden Arbeitslosenziffern einhergehende politische Mobilisierung der Straße und Radikalisierung der Massen nicht als bedrohliche Gefahr. Bereits 1931 waren fast 35 Prozent der Mitglieder des ADGB ohne Arbeit, weitere 17 Prozent auf Kurzarbeit angewiesen<sup>45</sup>. Der „Schrei nach Arbeit“ verstärkte sich im Winter 1931/32, als mit annähernd 6 Millionen Unbeschäftigten der Höchststand erreicht und jeder dritte Erwerbstätige ohne Beschäftigung war. Diese Verelendung traf die organisierte Arbeiterschaft, deren Mitglieder von den Unternehmern als potentielle Unruhestifter besonders gern entlassen wurden, in noch viel stärkerem Ausmaß. Fast jedes zweite Mitglied des Gewerkschaftsbundes hatte keine Arbeit, und von den noch beschäftigten Gewerkschaftsangehörigen waren die Hälfte zur Kurzarbeit verurteilt. Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise ging daher nur jeder vierte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einer geregelten Tätigkeit nach<sup>46</sup>. Aus Enttäuschung über die Inaktivität der Führung, die sich in nüchternen Appellen an die Vernunft der Arbeiterschaft erging, wanderten zahlreiche Mitglieder ab und folgten den irrationalen Verheißungen der Extremisten. Der Mitgliederschwund betrug zwischen 1929 und 1932 über 25 Prozent<sup>47</sup>. An Streik gegen die Lohnkürzungen oder mit dem innenpolitischen Ziel, die sich in der „Harzburger Front“ seit Oktober 1931 formierende Reaktion zu bekämpfen, war angesichts des Vertrauensschwundes der Mitglieder und der selbstverschuldeten politischen Isolation der Führung nicht zu denken. Die Bildung der „Eisernen Front“ im Dezember 1931, der Zusammenschluß von SPD, Reichsbanner, Gewerkschaften, Arbeitersportvereinen zur Überwindung der faschistischen Gefahr, entsprach zwar dem Verlangen der Massen nach Aktionen, schuf aber nur ein weiteres Trugbild von der Geschlossenheit der Arbeiterschaft<sup>48</sup>. Denn das „Bollwerk der Arbeiterbewegung“, als das es in gewaltigen Aufmärschen erschien, stellte in Wirklichkeit einen losen Zusammenschluß selbständiger Gruppierungen dar und trug wesentlich zur Selbsttäuschung der gewerkschaftlichen Führung wie der verbliebenen Mitglieder über die Kampfkraft des antifaschistischen Lagers bei. „Heute rufen wir — morgen schlagen wir“<sup>49</sup> — diese Parole der von den Gewerkschaften aufgestellten „Hammerschaften“, die im Grunde nichts weiter als Marsch- und Demonstrationseinheiten darstellten, vermochte die nationalsozialistischen Sturmabteilungen kaum zu schrecken. Die SPD-Führung, der diese Schutzformationen wie auch das Reichsbanner de facto unterstanden, bremste bei jeder Gelegenheit den Aktionismus, beharrte auf legalem Vorgehen und wandte sich konsequent gegen eine paramilitärische Ausbildung<sup>50</sup>. Doch mit rationaler Argumentation und einer Politik des Verharrens war der irrationalen braunen Flut, die parallel zu den steigenden Arbeitslosenziffern anwuchs, nicht zu begegnen.

nen. Schließlich von Gewerkschaftsführern ausgearbeitete Arbeitsbeschaffungsprogramme kamen zu spät, stießen auf Ablehnung in der Partei und hätten sich ohnehin bei der Radikalisierung der Massen nach rechts nicht mehr durchsetzen lassen.

Die theoretische Diskussion von Wirtschaftswissenschaftlern über das ja auch in den 20er Jahren vorhandene Problem der Arbeitslosigkeit und neue Wege zu ihrer Überwindung, die Kreditschöpfung, hatten ADGB und SPD ebenso wenig verfolgt, wie sie die antizyklischen Krisenstrategien der sozialistischen Regierungen in Norwegen und Schweden beachteten<sup>51</sup>. Auch das japanische Modell einer staatlichen Reflationspolitik<sup>52</sup>, das 1933 von Schacht aufgegriffen werden sollte, fand keinerlei Beachtung. Wie Brüning und die Unternehmerschaft, so hielten auch die Gewerkschaften und in noch viel stärkerem Maße die unbewegliche SPD alle Kreditschöpfungsprogramme für inflationstreibend und lehnten sie ab. Als der Vorsitzende des Reichsbanners (Otto Hörning) seinen „Kriegsplan zur Niederringung der Arbeitslosigkeit“<sup>53</sup> im März 1931 der Gewerkschaftsführung vorrug und die Finanzierung von Arbeitsplätzen durch eine neuartige Kreditpolitik vorschlug, mußte er sich von Tarnow (Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes), der wenig später selbst ähnliche Gedanken aufgriff, sagen lassen, es handele sich um ein „abgeschwächtes Naziprogramm“<sup>54</sup>. Tatsächlich liefen alle Pläne einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung Gefahr, sich mit von den Nationalsozialisten entwickelten Programmen<sup>55</sup> zu überschneiden und propagandistisch von ihnen vereinnahmt zu werden.

Der Deutsche Baugewerkschaftsbund, der die höchsten Arbeitslosenziffern aufzuweisen hatte, rief als erster Berufsgewerkschaftsverband bereits im November 1931 nach staatlichen finanzpolitischen Eingriffen, um öffentliche Arbeiten, Wohnungsbau, Anlage von Straßen und Landschaftsschutz, durchzuführen<sup>56</sup>. Um die Jahreswende 1931/32 wurden diese Vorstellungen von drei Gewerkschaftsführern aufgegriffen und in einem gemeinsam erarbeiteten, nach ihnen benannten WTB-Plan (Woytinsky — Tarnow — Baade) umgesetzt. Erstmals hatte die Arbeitsbeschaffung absoluten Vorrang. Mit Hilfe eines 2-Milliarden-Programmes, das zur Hälfte über eine Anleihe aufgebracht werden sollte, war die Beschäftigung von etwa einer Million Arbeitslosen durch die öffentliche Hand vorgesehen. Doch der ADGB-Vorsitzende Leipart und einige Einzelgewerkschaftsverbände standen solchen Neuerungen skeptisch gegenüber und beugten sich nur dem Verlangen der arbeitslosen Massen nach konkreten Schritten, als der Plan vom ADGB am 13. April 1932 verabschiedet wurde. Nunmehr regte sich jedoch Widerstand orthodoxer Parteiführer, die, wie Hilferding und Naphtali, einst mit ihren Vorstellungen eines reformistischen Arrangierens selbst gescheitert, nun aus einer Mischung von Eifersucht und Besserwisseri das ganze Programm als „unmarxistisch“ diffamierten. Der Konflikt zwischen ideologischen Visionen oder, wie es Tarnow formulierte, „Zukunftsmusik“<sup>57</sup> und den praktischen Erfordernissen einer Notsituation brach innerhalb der Arbeiterführung erneut mit aller Schärfe aus. Da der Widerstand der Parteideologen nicht zu überwinden war und überdies auch von den stärker ideologisch fixierten Einzelgewerkschaften Bedenken gegen dieses Vorgehen, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen, angemeldet wurden, steuerten Partei und Gewerkschaft in dem Grundsatzprogramm „Umbau der Wirtschaft“<sup>58</sup> einen Kompromiß an. Diese programmatischen Richtlinien einer zukünftigen Wirtschaftspolitik rückten sozialistische Vorstellungen, wie Verstaatlichungen und Planwirtschaft,

in den Vordergrund und wiesen dem WTB-Projekt zur Arbeitsbeschaffung nur eine momentane Funktion zu. Die antikapitalistische Ausrichtung dieses Gesamtplanes sollte der von der NSDAP artikulierten antikapitalistischen Sehnsucht<sup>59</sup> des deutschen Volkes entsprechen. Planwirtschaftliche Elemente einer Wirtschaftspolitik waren jedoch für den Mittelstand, die tragende Säule der nationalsozialistischen Bewegung, nicht attraktiv. Das gewerkschaftliche Arbeitsbeschaffungsprogramm wies mit seinen neuen ungewöhnlichen Vorschlägen in die richtige Richtung und hätte einen ernsthaften Versuch zur Bewältigung der Wirtschaftskrise sowie Rettung der Republik darstellen können<sup>60</sup>. Diese Chance wurde jedoch in den eigenen Reihen vertan, so daß die Nationalsozialisten wirtschaftspolitisch die Initiative übernehmen konnten. Die Gewerkschaften standen daher ab Mitte 1932 vor der Alternative, sich auf dem Weg der permanenten Selbstisolation noch weiter zur Einflußlosigkeit verdammten zu lassen oder sich den rechtsgerichteten Wirtschaftsprogrammen, wie sie von der NSDAP und von Schleicher ausgingen, anzupassen und die engen Bindungen mit der orthodoxen Parteiführung zu lösen. Obwohl die Gewerkschaften einer solchen grundsätzlichen Entscheidung auswichen und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit an der Sozialdemokratie festhielten, tasteten sie doch vorsichtig den Weg nach rechts ab, den sie nach der Machtübernahme Hitlers endgültig beschritten.

Die vielbeachtete Rede des Reichsorganisationsleiters und Fraktionsvorsitzenden der NSDAP, Gregor Straßer, am 10. Mai 1932 im Reichstag<sup>61</sup> enthielt das wirtschaftliche Sofortprogramm der Partei, das in vielen Punkten dem gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm ähnelte. Nach einer schonungslosen Abrechnung mit der Brüning'schen Deflationspolitik und heftiger Kritik an der geistigen Unbeweglichkeit der SPD-Führung entwarf Straßer ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das etwa zu einem Drittel aus produktiver Kreditschöpfung finanziert werden sollte. Ausdrücklich verwies der zweitmächtigste Mann der NSDAP auf ähnliche Gedanken des WTB-Planes und warb um Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Vorstellungen, die Gewerkschaften an die autoritären Präsidialregierungen Papen und Schleicher heranzuführen, um so eine außerparlamentarische Massenbasis zu schaffen, oder Gedanken einer „Overfront“ der Gewerkschaften mit dem Ziel, Teile der NSDAP um Straßer herauszubrechen und eine nationalsozialistische Machtübernahme zu verhindern, nahmen seit der Rede Straßers zu. Die Gewerkschaften fanden sich in der Situation des von Rechts umworbenen und von Links, der Sozialdemokratie, geschmähten Partners, zogen sich jedoch, vor Grundsatzentscheidungen gestellt, immer in Entschlußlosigkeit zurück.

Der Staatsstreich Papens gegen die nur noch geschäftsführend amtierende preußische Regierung (20. Juli 1932) stellte die eigentliche politische Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung<sup>62</sup> dar und förderte die Orientierung der Gewerkschaften weiter nach Rechts. Die von der SPD geführte Regierung des größten deutschen Landes Preußen, das etwa die Hälfte des Reiches umfaßte, war gewaltsam durch einen von Papen eingesetzten und ihm unterstellten Reichskommissar abgelöst worden. Dieser offene Angriff auf das parlamentarische System mit dem Ziel, den autoritären Regierungsstil auf das gesamte Reich zu übertragen, wurde von SPD und ADGB unter Protest hingenommen. Der Verzicht auf jede, auch nur symbolische Widerstandshandlung entsprach zwar dem von Gewerkschaften und Partei verfolgten legalistischen Kurs, bedeutete aber politisch die Selbstausschaltung. Obwohl die Basis, vor allem die neu begründeten

„Schutzformationen“ des „Reichsbanners“ und der Gewerkschaften auf Aktionen warteten<sup>63</sup> und die KPD einen Generalstreik<sup>64</sup>, wie einstmals während des Kapp-Putsches, befürwortete, konnten sich die ratlosen Spitzenfunktionäre bei einer gemeinsamen Besprechung nicht zu Aktionen durchringen<sup>65</sup>. Wenn ein von den Arbeitermassen getragener und von ihnen sogar weitgehend geforderter politischer Streik überhaupt Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, dann waren solche Chancen am 20. Juli 1932 weitaus besser als am 30. Januar 1933 nach der immerhin legalen Machtübernahme Hitlers. Entsprechend ihrem historischen Selbstverständnis vertröstete sich die Führung der Arbeiterschaft mit den anstehenden Reichstagswahlen und vertraute in völliger Fehleinschätzung der angewachsenen Rechten auf den Stimmtzettel<sup>66</sup>. Die Wahlen am 31. Juli 1932 brachten dann auch dank des zugkräftigen Straßerschen Wirtschaftsprogramms der NSDAP mehr als eine Verdoppelung ihrer Mandate ein. Die Nationalsozialisten waren zur stärksten politischen Partei (37,4 %) aufgerückt und hatten die SPD (21,6 %), die Einbußen hinnehmen mußte, weit hinter sich gelassen.

Nunmehr stellten auch konservative Kreise, nicht zuletzt sogar der „Reichsverband der Deutschen Industrie“, Überlegungen an, welche Kräfte gegen die braune Flut noch zu mobilisieren waren. Den Gewerkschaften kam ähnlich wie der Reichswehr eine Schlüsselstellung bei einer autoritären Umgestaltung der Regierung zu. Die Industriellen hatten nach dem ersten Wahlerfolg der Hitler-Partei 1930 diese als nicht koalitionsfähig bezeichnet, da sie „Marxismus in Reinkultur“ vertrete<sup>67</sup>. Auch 1932 waren bis auf einen kleinen Flügel von Schwerindustriellen, der sich um Fritz Thyssen sammelte, die Spitzenvertreter der Industrie von dem Straßerschen Arbeitsbeschaffungsprogramm entsetzt<sup>68</sup> und unterstützten folglich die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers Papen, der mit Hilfe von Steuerkrediten für die Wirtschaft, gewissermaßen in Umkehrung der gewerkschaftlichen Pläne, ein „Arbeitsbeschaffungsprogramm für Unternehmer“ einleitete<sup>69</sup>. Angesichts des Mißtrauens der Industrie gegenüber jeglichem, auch einem „deutschen“ Sozialismus (Straßer) distanzierte sich Hitler bei seinem Werben um die Gunst der Industriellen im September 1932 von dem wirtschaftlichen Sofortprogramm und fiel auf unverbindliche, im Grunde einander ausschließende Aussagen zur Wirtschaftspolitik zurück<sup>70</sup>. Die internen Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP über den richtigen Weg zur Macht, ob über Koalitionen, wie von Straßer befürwortet, oder, wie von Hitler gefordert, im Alleingang, verschärften sich durch das ungünstige Wahlergebnis für die Nationalsozialisten am 6. November 1932, als die Partei 34 Mandate verlor<sup>71</sup>. Die Bildung einer sog. Quer- oder auch Gewerkschaftsfront, in der die Gewerkschaften, Teile der NSDAP und die Reichswehr einbezogen werden sollten, zur Überwindung der parlamentarischen Krise schien daher 1932 eine realistische Alternative und wohl auch letzte Möglichkeit zu sein, um die nationalsozialistische Diktatur durch eine Übergangsdiktatur der traditionellen Eliten aufzufangen und am Ende die Monarchie in Deutschland wiederherzustellen.

In den Bemühungen um eine „Querfront“ lassen sich vereinfacht zwei Phasen unterscheiden, in denen die Initiative bei unterschiedlichen Personen und Gruppierungen lag und folglich auch die Motive und Zielsetzungen verschiedenartig waren. Die erste Phase zentriert um die Juliwahlen 1932 und läßt sich etwa auf den Zeitraum von der Straßer-Rede am 10. Mai bis zum Mißtrauensvotum gegen die Regierung Papen am 14. September eingrenzen. Ein zweites Mal lebten die Vorstellungen von der Einbin-

dung der organisierten Arbeiterschaft im Zusammenhang mit der Bildung der Regierung Schleicher Ende November 1932 auf, bevor sie endgültig im Januar 1933 scheiterten. Ihren Ausgang hatten diese Überlegungen für eine neue Wirtschaftspolitik in der Berliner „Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwesen“<sup>72</sup> genommen. Bereits im November 1931 gegründet, diskutierten in diesem überparteilichen Gremium Nationalökonom, Vertreter des neokonservativen TAT-Kreises, Wirtschaftsreformer des ADGB, Vertraute Straßers und Mitglieder eines sich um den Präsidenten des deutschen Landgemeindetages, Gereke, sammelnden Kreises theoretische Möglichkeiten einer Zusammenarbeit.

In der ersten Phase wurde Gregor Straßer, nach dem ihm zu verdankenden Wahlsieg der NSDAP im Sommer 1932 auf dem Höhepunkt seiner Macht, zur treibenden Kraft. Über die Reichswehr und deren Minister Schleicher umwarb Straßer die Regierungsspitze, mittels Sondierungen und Angeboten die Basis, die Gewerkschaften<sup>73</sup>, um den Nationalsozialisten in einer Regierungskoalition der Rechtsparteien, gestützt auf eine möglichst breite Massenbasis, zur Macht zu verhelfen. Auf Wunsch der Regierung fand, nachdem Leipart ein Einzelgespräch mit dem Wehrminister abgelehnt hatte, am 30. Juli eine Aussprache zwischen der ADGB-Führung, dem Reichskanzler Papen und Schleicher statt<sup>74</sup>, in der die Chancen einer „Regierung aller Volkskreise“, d. h. unter Einbeziehung der Nationalsozialisten, abgetastet wurden. Weder kam es dabei zu verbindlichen Absichtserklärungen der Regierungsseite noch zu Zusagen der Gewerkschaftsvertreter, obwohl beide Seiten einander ihre Hochschätzung versicherten.

Nachdem Hindenburg die von Schleicher vorgeschlagene Berufung Hitlers zum Reichskanzler und somit das Konzept einer großen Zähmung vereitelt hatte (13. August), führte Straßer die Verhandlungen um eine „Querfront“ vermutlich auf eigene Verantwortung weiter, ohne jedoch jemals eine Spaltung der NSDAP zu riskieren<sup>75</sup>. Der Mitte August vorgelegte Gereke-Plan<sup>76</sup> zur Arbeitsbeschaffung durch die Kommunen erschien als eine tragfähige wirtschaftliche Grundkonzeption, auf der sich die unterschiedlichen politischen Gruppierungen treffen konnten. Straßer konferierte im August mit Schleicher<sup>77</sup>, führte ein Gespräch mit dem Führer des Reichsbanners<sup>78</sup> und hielt über Mittelsleute Kontakt zum ADGB<sup>79</sup>. In der Führung der Gewerkschaften wurden solche Überlegungen nicht rundweg abgelehnt<sup>80</sup>. Doch die Notverordnung Papens (5. September 1932)<sup>81</sup>, in der bei Neueinstellungen von Arbeitskräften Lohnsenkungen bis zu 50 % vorgesehen waren, das kompromißlose Auftreten der Nationalsozialisten gegen die Regierung Papen (14. September 1932) und nicht zuletzt der von kommunistischer Seite gemeinsam mit den Nationalsozialisten organisierte Streik der Berliner Verkehrsbetriebe (4./5. November 1932)<sup>82</sup> wiesen die Hoffnungen auf eine „Front aller schaffenden Menschen“<sup>83</sup>, wie sie Straßer als Koalitionsangebot offeriert hatte, als Illusion aus.

Obwohl die eigentlichen Zielsetzungen des letzten Weimarer Kanzlers nach wie vor unklar bleiben, verfolgte Schleicher zumindest aus taktischen Gründen das Ziel einer „Gewerkschaftsachse“ weiter. Die Aufhebung der Papenschen lohnsenkenden Notverordnung<sup>84</sup>, die Bestellung Gerekes zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und eine persönliche Aussprache mit dem ADGB-Vorsitzenden<sup>85</sup> sollten die Gewerkschaften besänftigen. Auch nachdem ein erneutes Angebot an Straßer, die Vizekanzlerschaft zu übernehmen, an dessen Rücktritt von seinem Parteiposten gescheitert war (8. De-

zember 1932)<sup>86</sup>, setzte Schleicher sein Werben um die Gewerkschaften, nunmehr jedoch unter Ausschluß einer nationalsozialistischen Beteiligung, fort. Doch die Parteiführung unterband alle Annäherungsversuche zwischen den Gewerkschaften und dem „Reaktionär Schleicher“<sup>87</sup>. Ebenfalls wurden Bestrebungen des „Reichsbanners“, auf eine von der Reichswehr angebotene engere Kooperation einzugehen, von der Partei untersagt<sup>88</sup>. Ob die geplante Zusammenarbeit der Reichswehr mit der sozialdemokratischen Schutztruppe zur Absicherung eines von Schleicher geplanten Staatsstreiches die letzte Möglichkeit bot, um der Hitlerschen Machtübernahme entgegenzutreten, erscheint angesichts der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung und ideologischen Ausrichtung der beiden Gruppierungen doch etwas zweifelhaft. Auch die Gewerkschaftsführer, denen Schleicher wenige Tage vor seinem Sturz ähnliche Pläne erläuterte, reagierten zurückhaltend<sup>89</sup>.

Die gewerkschaftliche Strategie des inhaltlichen Lavierens war von der Sorge um den Erhalt der Organisation getragen und aus der Situation verworrenen Machtverhältnisses, wie sie am Ende der Weimarer Republik herrschten, erwachsen. Sie basierte jedoch auf einer Fehleinschätzung der nationalsozialistischen Bewegung samt ihrer Dynamik. Letzten Endes erstickte jedoch die Hörigkeit gegenüber einer orthodoxen, unbeweglichen SPD-Parteiführung alle gewerkschaftlichen Ansätze, mit Hilfe von Arbeitsprogrammen oder mittels politischer Koalitionen Handlungsspielräume zurückzugewinnen und als selbständiger Machtfaktor aufzutreten. Eine aktive Mitarbeit zur Rettung der Weimarer Republik war daher von den Gewerkschaften nicht zu erwarten. Statt dessen lavierte sich die Führung reaktiv in eine Selbstisolation, die unter nationalsozialistischer Herrschaft zur Selbstausschaltung führen mußte.

## **2. Die Reaktion der Gewerkschaften auf den nationalsozialistischen Ausbau der Macht**

Im Gegensatz zu den schwachen, da lediglich vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängigen Präsidialregierungen konnte das Kabinett der nationalen Konzentration unter Hitler nach Festigung seiner diktatorischen Machtkompetenzen und gestützt auf seine außerparlamentarischen Kampfverbände die Gewerkschaften zu einer Entscheidung zwingen: Entweder erkannten sie den neuen Staat an und gingen in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft auf, oder sie würden wie alle anderen alten Kräfte aus der Weimarer Zeit systematisch zerschlagen. Die Gewerkschaftsführung verschloß sich jedoch dieser Einsicht in die neue Situation, setzte anfangs die gewohnte Politik des Abwartens und Lavierens fort, um schließlich, als alle Möglichkeiten eines Widerstandes gegen das Gewaltregime verspielt waren, „das Leben der Organisation durch Preisgabe der Idee zu erkaufen“<sup>90</sup>.

Als am Vormittag des 30. Januar Hitler von Hindenburg empfangen wurde und seine Ernennung zum Reichskanzler unmittelbar bevorstand, tagte der Parteivorstand der SPD zusammen mit Vertretern der Reichstagsfraktion und der Führung des Gewerkschaftsbundes<sup>91</sup>. Wie schon anläßlich des Papen-Staatsstreiches gegen Preußen herrschte auch diesmal wieder Ratlosigkeit. Obwohl mit einer Machtübernahme Hitlers spätestens seit den Juliwahlen von 1932 gerechnet werden mußte, hatten weder Partei noch Gewerkschaften entsprechende Pläne ausgearbeitet oder etwa Vorbereitungen für einen Generalstreik auch nur ins Auge gefaßt. Die Sprecher der Partei,

Breitscheid und Hilferding, flüchteten sich in theoretische Erörterungen über die Eventualitäten der anstehenden Regierungsumbildung und warnten angesichts der unklaren Lage vor einem Präventivstreik. Lediglich der Vorsitzende des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Aufhäuser, fand den Mut, gegen die Parolen des Abwartens anzugehen und klare Anweisungen für die „Eiserne Front“ zu verlangen. Doch er stand mit diesen Forderungen unter den Spitzenfunktionären allein. Als am folgenden Tage, nunmehr nach Ernennung des nationalsozialistischen Führers zum Kanzler, die Sitzung im erweiterten Kreis fortgesetzt wurde<sup>92</sup>, trugen legalistisches Denken, Unentschlossenheit und Fehleinschätzung der neuen Regierung den Sieg davon. Nicht Hitler galt den Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern als der starke Mann, sondern seine reaktionären Aufpasser, so daß Breitscheid beruhigt eine „eindeutige Klassenkampfsituation“ feststellen konnte. Es setzte sich die Auffassung durch, abzuwarten und „für jeden Augenblick des Verfassungsbruchs gerüstet zu sein“. Der stellvertretende Vorsitzende des ADGB schloß sich dieser Strategie des Zauderns an, rechnete sogar mit einem neuen Burgfrieden und hielt voreilige Streiks für verfehlt, da sie nur das Losschlagen der Reaktion bewirken würden.

Die Devise „Wir richten uns ein auf ein Bereitsein für längere Dauer“ wurde von der ADGB-Führung noch am selben Tag übernommen<sup>93</sup>. Da die KPD zum Generalstreik aufgerufen hatte<sup>94</sup> und die Kampfverbände der „Eisernen Front“ Einsatzbefehle erwarteten<sup>95</sup>, erließ der ADGB am 31. Januar eine die Gemüter beruhigende Erklärung, in der „kühles Blut und Besonnenheit“<sup>96</sup> gefordert und zur Einheit aufgerufen wurde: „Organisation — nicht Demonstration, das ist die Parole der Stunde“<sup>97</sup>. Gewerkschaftsvorsitzender Leipart vertröstete die Delegationen, die Weisungen zum Handeln entgegennehmen wollten, mit den Worten: „Noch nicht, aber bereitet alles bestens vor, wir werden Euch rufen“<sup>98</sup>. Wie schon während des Preußen-Schlages im Vorjahr täuschten trutzige Bekundungen zur Entschlossenheit, die in Partei- und Gewerkschaftspresse verbreitet wurden, über die Handlungsfähigkeit der Führung hinweg und leiteten die organisierte Arbeiterschaft in die Irre. Rhetorische Kraftakte sollten Fehler der Vergangenheit und erneute Entschlußlosigkeit überdecken. Ob ein spontaner Proteststreik tatsächlich den von allen Spitzenfunktionären als Blutbad beschworenen Bürgerkrieg ausgelöst hätte, läßt sich zumindest anzweifeln, da die bewaffnete Macht der Reichswehr durchaus in der Lage gewesen wäre, die Staatsgewalt zu übernehmen und für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Doch nunmehr rächte es sich, daß die Parteiführung den eigenen Schutzformationen die von der Reichswehr erwünschte Zusammenarbeit verweigert und die Gewerkschaften sich einer solchen Koalition entzogen hatten.

Auch das Bündnis mit den linken Kräften, die von kommunistischer Seite seit Juni 1932 geforderte Einheitsfront<sup>99</sup>, hate sich der ADGB durch prinzipielle Ablehnung und eine übersteigerte Kommunistenfurcht bereits verbaut. Ein erneutes Aufgreifen derartiger Losungen selbst nach einem Regierungsantritt Hitlers mußte aussichtslos sein. Der Chefredakteur des „Vorwärts“ und Mitglied des Parteivorstandes Stampfer stand mit seiner Forderung, den Kommunisten nunmehr „direkt ein Angebot zu machen“, allein und erntete hämische Kritik der Genossen. Der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende fügte sogar hinzu, wenn man Stampfers Anregungen folgen wolle, „wäre es schon am besten, wir würden abdanken“<sup>100</sup>. Die von kommunistischer Seite befürwor-

tete Taktik einer Einheitsfront von unten, die gegen die sozialdemokratischen „Arbeiterverräter“ (d. h. die Führung) gerichtet sein sollte, die offensichtliche Moskau-Hörigkeit der deutschen Kommunisten und die jahrelange Verfemung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ ließen berechtigte Zweifel an der Ernsthaftigkeit der kommunistischen Parolen über eine Einheitsfront aufkommen. Zudem schreckten die Kommunisten auch nach dem 30. Januar nicht davor zurück, sozialdemokratische Versammlungen zu sprengen<sup>101</sup>, so daß sie erneut ihre Glaubwürdigkeit verloren. Doch letztlich erklärt die Fixierung der Sozialdemokratie auf den legalistisch-reformistischen Kurs, daß sie ängstlich auch nur vor klaren Angeboten an die KPD zurückschreckte und daß sie selbst in der Stunde akuter Bedrohung der gesamten Arbeiterbewegung den Versuch unterließ, über den eigenen ideologischen Schatten zu springen. Die um sich greifende nationalistische Hochstimmung in breiten Kreisen der Bevölkerung<sup>102</sup> und das Zaudern der Führung lähmten die Kampfbereitschaft der organisierten Verbände zusehends. Bereits nach einer Woche Regierungszeit des neuen Kanzlers war die Stimmung für einen Generalstreik in den Betrieben gesunken. Die organisierte Beamtenschaft zeigte sich für die vaterländischen Losungen der neuen Machthaber empfänglich und begann, sich von der Gewerkschaft zu lösen<sup>103</sup>. Allein Aufhäuser durchschaute die Taktik der „löffelweisen Maßnahmen“ des neuen Regimes und verlangte eine eindeutige Erklärung von der Partei und ihren Unterorganisationen, daß sie zur Übernahme der politischen Macht bereitstünden<sup>104</sup>. Zu einem solchen eigenständigen Vorgehen, ohne Rückhalt durch einen Koalitionspartner, war es indes bereits zu spät.

Gewerkschaftsführer Leipart und Parteivorsitzender Wels überhörten ohnehin auf Vorstandssitzungen die wenigen Wortmeldungen, in denen auf Handeln gedrängt wurde<sup>105</sup>. Statt dessen sollte in gewohnter Weise auf die Kraft des Stimmzettels bei den Wahlen am 5. März vertraut werden. Die Verunsicherung der Basis durch nunmehr einsetzende, gegen die Arbeiterbewegung gezielt gerichtete Presse- und Versammlungsverbote überspielte die Führung in kraftmeierischen Losungen. Der Gewerkschaftsvorsitzende und sein Stellvertreter erweckten noch Mitte Februar in öffentlichen Reden den Eindruck, daß die organisierten Arbeiter den Kampf aufnehmen und siegreich bestehen würden<sup>106</sup>. Zur gleichen Zeit bot Leipart mit seinem Bericht über „Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat“ der Regierung einen neuen Burgfrieden an. Diese Bilanz nationaler gewerkschaftlicher Leistungen wurde in dem Zentralorgan „Gewerkschafts-Zeitung“ neben einem klassenkämpferischen Wahlaufdruck abgedruckt<sup>107</sup>. Die schließlich auch im ADGB aufgebrochenen Gegensätze wurden nunmehr auch von der Basis wahrgenommen und mußten diese weiter verwirren.

Die nationalsozialistische Führung hatte anscheinend mit einem stärkeren Widerstand der organisierten Arbeiter gerechnet und sogar einen Generalstreik nicht ausgeschlossen<sup>108</sup>. Planungen oder Abwehrmaßnahmen für einen solchen politischen Streik waren nicht getroffen. Wie die Gewerkschaften auf ein legales Vorgehen des Kanzlers Hitler hofften, so vertraute umgekehrt auch die nationalsozialistische Führung auf ein gesetzeskonformes Verhalten der Gewerkschaften. In dieser ersten Periode des Abwartens und gegenseitigen Abtastens trafen sich beide Seiten in der Hoffnung, daß möglichst nichts geschehe, was ein Eingreifen erfordern würde. Mit der Unterstellung des Stahlhelms und der SA als „Hilfspolizei“ verfügten die Nationalsozialisten jedoch seit dem

22. Februar in Preußen über eine schlagkräftige Schutztruppe, mit deren Hilfe Aufstandsversuche oder auch ein Generalstreik unterbunden werden konnten. Trotz zunehmender Terrorakte gegen Repräsentanten der Arbeiterbewegung und trotz staatlicher Eingriffe ließ die Gewerkschaftsführung eine womöglich letzte, wenn auch geringe Chance verstreichen, die Regierung Hitler gewaltsam abzusetzen. Als Schleicher die Spitzenfunktionäre des ADGB, Leipart und Leuschner, hintereinander mit seinen Plänen eines Militärputsches vertraut machte, dem eine gemeinsam von SPD (Otto Braun) und Gewerkschaften getragene Regierung folgen sollte, brachten die Gewerkschaftler verfassungsrechtliche Bedenken vor und zeigten sich außerstande, einen solchen Staatsstreich gegen Hitler mit einem Generalstreik zu begleiten<sup>109</sup>. Reichstagsbrand, die Aufhebung der Grundrechte in einer weiteren Notverordnung und nicht zuletzt der Ausgang der Wahlen vom 5. März bedeuteten das Ende aller Pläne, gegen Hitler vorzugehen.

Der mit Hilfe massiver Propaganda und Einschüchterung erzielte Wahlsieg der NSDAP hatte der Partei mit 43,9 % nicht die absolute Mehrheit gebracht, aber die SPD auf 18,3 % weiter absinken lassen. Im Zuge der nun entsprechend diesem Wahlergebnis vorgenommenen „Gleichschaltung“ der Länder erfolgten sogleich regionale Verbote für die Schutzverbände von Parteien und Gewerkschaften. Der Kern der „Eisernen Front“, das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, löste sich widerspruchslos auf<sup>110</sup>. Viele der von der inaktiven Führung enttäuschten Mitglieder wandten sich nun dem „neuen Deutschland“ zu und traten in den Stahlhelm ein<sup>111</sup>. In Stellungnahmen der Gewerkschaftsbünde und der Einzelgewerkschaften zum Wahlergebnis klangen bereits die unterschiedlichen Erwartungen an und deuteten auf einen allmählichen Zerfall der Geschlossenheit hin. Der AfA-Bund unter seinem kämpferisch-kompromißlosen Vorsitzenden Aufhäuser bekannte sich zur traditionellen gewerkschaftlichen Politik im sozialen und wirtschaftlichen Bereich und vermied jedes Entgegenkommen an die neuen Machthaber<sup>112</sup>. Hingegen zeigten die Christlichen Gewerkschaften deutliches Interesse dazu, am Aufbau einer berufsständischen Ordnung mitzuwirken, die auf deutschen Grundlagen erfolgen sollte<sup>113</sup>. Der Deutsche Beamtenbund ging sogar noch einen Schritt weiter und versprach, an der „Aufbauarbeit“ und dem „Wiederaufstieg der Nation tätigen Anteil (zu) haben“<sup>114</sup>. Mit diesem Aufruf an ihre Mitglieder hatten sich die gewerkschaftlich organisierten Beamten als erster Verband gleichgeschaltet und waren aus dem ADGB ausgesichert. Zur wenig später erfolgten Selbstauflösung des Beamtenbundes<sup>115</sup> war es nur noch ein kleiner, indes konsequenter Schritt.

Der Vorstand des ADGB schwieg vorerst<sup>116</sup>, doch war die Angleichung an den nationalsozialistischen Staat intern bereits vor dem 15. März entschieden worden. Da die Gewerkschaften nunmehr, wie Leuschner seinem Tagebuch anvertraute, „faschisiert“<sup>117</sup> wurden, trennten sich ihre Wege von der SPD. Der Parteivorstand erkannte die Wahlniederlage unumwunden an, sprach von einem notwendigen Neubeginn und sah voraus, daß die Gewerkschaften nach italienischem Vorbild vom Staat übernommen würden<sup>118</sup>. Die Sozialdemokratie betrachtete sich nunmehr nach den Worten ihres Vorsitzenden Otto Wels lediglich noch „als Sachwalter einer bestimmten Idee“<sup>119</sup> und lehnte — vorerst<sup>120</sup> — jede Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten ab. Während die SPD-Reichstagsfraktion der feierlichen Reichstagsöffnung in Potsdam demonstrativ fernblieb, leistete der ADGB-Vorstand durch eine dem Reichskanzler Hit-

ler übermittelte Erklärung seinen Beitrag zur konservativen Versöhnung. Ausdrücklich wurde in dieser tags darauf veröffentlichten Proklamation<sup>121</sup> das Eingriffsrecht des Staates in wirtschaftspolitischen Fragen anerkannt und gleichzeitig jede Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Politik des Staates in Abrede gestellt. In einem weiteren Schreiben an Hitler (29. März) erneuerte Leipart diese Zusagen und versprach die vollständige Lösung von der SPD, Kompromißbereitschaft gegenüber dem Staat und Zusammenarbeit mit den Unternehmern<sup>122</sup>. Am 9. April vollzog der Bundesvorstand in einer weiteren Erklärung die vollständige Anpassung: „Die Gewerkschaften erkennen nach wie vor an, daß ihre eigene Bewegungsfreiheit ihre Grenzen finden muß an dem höheren Recht des Staates. . . . (Sie) sind daher bereit, an dem von der Regierung geplanten berufsständischen Aufbau der Wirtschaft mitzuarbeiten. . . . Um eine einheitliche Durchführung . . . sicherzustellen . . . , empfiehlt der Bundesausschuß des ADGB die Einsetzung eines Reichskommissars für Gewerkschaften.“<sup>123</sup> Die freien Gewerkschaften hatten kapituliert. Die Strategie der Anpassung, sicherlich von der Sorge um den Erhalt einer mühsam aufgebauten Organisation getragen, stelle den verzweifeltsten Versuch dar, „durch politischen Selbstmord den organisatorischen Tod zu verhindern.“<sup>124</sup>

Im Gegensatz zur Basis schienen die gewerkschaftlichen Führer trotz der Besetzung von Gewerkschaftshäusern<sup>125</sup> und trotz ungezügelter Ausschreitungen gegen Mitglieder und Funktionäre die eigentlichen Zielsetzungen des Nationalsozialismus noch immer zu verkennen. Die christlichen Gewerkschaften, in denen katholische Angestellte dominierten, standen, auch unter dem Eindruck der päpstlichen Enzyklika von 1931 (Quadragesimo anno), einem berufsständischem Konzept und der Idee einer nationalen Einheitsgewerkschaft, die auf Klassenkampf verzichten sollte, am aufgeschlossensten gegenüber<sup>126</sup>. Ihre Führer gingen bei der Annäherung an den nationalsozialistischen Staat voran<sup>127</sup>. Als sich ihre Vertreter Goebbels förmlich aufdrängten, um den christlichen Gewerkschaften den ihnen gebührenden Platz bei den Aufmärschen des von den Nationalsozialisten zum staatlichen Feiertag erklärten 1. Mai zu sichern, konnte der Propagandaminister nur höhnisch in seinem Tagebuch vermerken: „Harmlose Naivlinge! . . . Nicht ein halbes Jahr wird mehr ins Land gehen und sie sind vollkommen ausgebootet und ohne Einfluß“<sup>128</sup>.

Die ADGB-Führung vertrat sicherlich nicht aus freien Stücken wie die christlichen Gewerkschaften die berufsständische, staatliche Einheitsgewerkschaft, versuchte jedoch wie in der Revolution von 1918, die nunmehr 1933 in das völkisch-nationale Lager abgleitenden Massen durch Anlehnung an die Staatsmacht und das Unternehmertum wieder unter Kontrolle zu bringen. Die gewerkschaftlich organisierte Basis vollzog indes die Politik der Schwenkung nach Rechts nicht nach. Bei den Ende März 1933 abgehaltenen Betriebsratswahlen vermochten die Kandidaten des ADGB 73,4 Prozent aller Stimmen auf sich zu vereinen, hingegen erhielten die nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen (NSBO) lediglich 11,7 Prozent<sup>129</sup>. Angesichts dieses für die Nationalsozialisten niederschmetternden Ergebnisses sah sich die Regierung genötigt, die Wahlen durch Gesetz (4. April) zu verbieten<sup>130</sup>. Die Gewerkschaftsführung übersah jedoch diesen von der Arbeiterschaft bekundeten Widerstandswillen und trat nunmehr sogar in direkte Verhandlungen mit nationalsozialistischen sog. Arbeitervertretern ein, um die geplante Einheitsgewerkschaft zu bilden.

Die Nationalsozialisten waren sich zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs schlüssig, ob die Gewerkschaften aufgelöst, zerstört oder übernommen werden sollten<sup>131</sup>. Auch über die Stellung der NSBO im neuen Staat war noch keine Entscheidung gefallen. Die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation<sup>132</sup>, ursprünglich als propagandistischer Stoßtrupp der Partei — „keine Arbeitsstelle ohne Nazizelle“<sup>133</sup> — gedacht, hatte sich 1932 zu einem Sammelbecken für enttäuschte Gewerkschaftler und teilweise auch für Sozialrevolutionäre entwickelt. Die NSBO umfaßte bei der Machtübernahme etwa 300 000 Personen<sup>134</sup>, nicht einmal ein Zehntel der Mitglieder des ADGB. Eine Verschmelzung der drei Gewerkschaftsbünde mit diesem inzwischen zu linkslastigen, mißratenen Ableger der NSDAP zu einer staatlich gelenkten Einheitsgewerkschaft lag durchaus im Sinne der um die Gunst der Industriellen werbenden neuen Regierung. In dem Gespräch mit den Vorstandsmitgliedern des ADGB (13. April 1933)<sup>135</sup> beharrten die nationalsozialistischen Verhandlungspartner auf einem Führungsanspruch ihrer Organisation, der NSBO, in der zukünftigen Einheitsgewerkschaft und verlangten zudem noch den Rücktritt aller gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre. Leipart hatte bereits zuvor abgelehnt, zum Verräter der eigenen Sache zu werden, und den nationalsozialistischen Terror in deutlichen Worten gebrandmarkt. Die Besprechung mußte daher ohne Ergebnis abgebrochen werden. Dieser allerdings nur intern geäußerte Widerstand der Gewerkschaften und der unverhohlene Machtanspruch der NSBO bestimmten die Entscheidung einer nationalsozialistischen Führerkonferenz (16./17. April), die Freien Gewerkschaften zu zerschlagen und mit dieser Aktion nicht die NSBO, sondern den Reichsorganisationsleiter der Partei, Robert Ley, zu beauftragen<sup>136</sup>. Propagandaminister Goebbels sollte auf gigantischen Massenveranstaltungen zum Feiertag der Arbeit die neue, klassenlose Volksgemeinschaft vorführen und möglichst viele organisierte Arbeiter für die Massenspektakel gewinnen, damit die für den darauffolgenden Tag, den 2. Mai, geplante Besetzung aller Gewerkschaftshäuser reibungslos vonstatten gehen konnte.

Der Plan ging auf. Ein letztes Mal fielen die Gewerkschaftsführer auf eine Täuschung der Nationalsozialisten herein. Obwohl die SPD-Führung standhaft von jeder Beteiligung an nationalsozialistischen Maifeiern abriet<sup>137</sup>, begrüßte der ADGB den neu geschaffenen Staatsfeiertag und forderte die Mitglieder auf, sich „festlich zu beteiligen“<sup>138</sup>. Einen weiteren Beitrag zum Tag der nationalen Versöhnung leisteten die drei Gewerkschaftsbünde, indem sie sich unter Federführung der Christlichen Gewerkschaften am 29. April in einem Grundsatzprogramm zur Bildung einer Einheitsgewerkschaft entschlossen. Das mittlerweile in seinem Wortlaut rekonstruierte Einheitsabkommen<sup>139</sup> über den „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“ enthielt ein vorbehaltloses Bekenntnis zum neuen Staat, wies aber auch prinzipielle Forderungen nach unbehinderter gewerkschaftlicher Arbeit auf. Als Kompromiß zwischen Vorstellungen der christlichen Gewerkschaften und den Auffassungen Wilhelm Leuschners, der dem sog. Leipart-Kurs der Angleichung distanziert gegenüberstand, wurde das Abkommen daher sowohl zu einem Dokument der Gleichschaltung als auch zum Ausgangspunkt gewerkschaftlichen Widerstandes<sup>140</sup>. Dieser formierte sich nach der Zerschlagung der Gewerkschaften allmählich entsprechend dem Grundgedanken der Einheit der organisierten Arbeiterschaft und hatte einen gewichtigen Anteil an den Planungen zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Die Einheitsgewerkschaft, der heutige Deutsche Ge-

werkschaftsbund, wäre weder ohne die Fehler des ADGB noch auch ohne den kompromißlosen Kampf des gewerkschaftlichen Widerstandes entstanden, den Männer wie Leuschner<sup>141</sup> mit ihrem Leben bezahlten.

### 3. Alternativen und Lehren

Eine gewerkschaftliche Politik, die, von Reformismus bestimmt, zur Strategie der Anpassung unter den Präsidialkabinetten überging, sich dann den Nationalsozialisten anpaßte und damit die eigene Selbstaufgabe vorantrieb, läßt sich, sofern die vorgegebenen historischen und sozialen Zwänge ausgeklammert oder einem orthodoxen kommunistischen Determinismus<sup>142</sup> untergeordnet werden, leicht als konsequenter Verrat an der Arbeiterklasse verurteilen. Doch eine solche pauschale Verurteilung erklärt — wie Engels in einem anderen Zusammenhang gewarnt hatte — im Grunde nichts, „ja sie macht nicht einmal verständlich, wie es kam, daß das ‚Volk‘ sich derart verraten ließ“<sup>143</sup>.

Die gewerkschaftliche Führung hat keinesfalls bewußt oder gar zielgerichtet eine Taktik verfolgt, die ihr und der organisierten Arbeiterschaft den Untergang bringen mußte. Eine solche Selbstmordstrategie widerspricht dem opferreichen Gang, den die deutsche Gewerkschaftsbewegung bis zu ihrer Anerkennung durch den Staat genommen hatte, sie läuft auch den im Grunde nie aufgegebenen Prinzipien freier gewerkschaftlicher Arbeit in einem demokratischen Staatswesen zuwider. Die deutschen Gewerkschaften haben den Nationalsozialismus nicht herbeigeführt, das taten andere, gewerkschaftsfeindliche Gruppierungen; die Gewerkschaften haben den aufziehenden deutschen Faschismus jedoch sträflich unterschätzt und sich weder vor noch nach der Machtübernahme mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen ihn gestemmt. Führung und auch der Großteil der gewerkschaftlichen Basis handelten aus ihrem historischen Selbstverständnis, aus ihrem Erfahrungshorizont heraus. Dabei übersahen sie beide, die Masse wie die Funktionäre, daß sich in Gesellschaft und Politik gegen Ende der Weimarer Zeit objektive Veränderungen vollzogen hatten, denen mit traditionellen und noch dazu legalistischen Mitteln nicht länger zu begegnen war. Der Erhalt der Organisation bestimmte vorrangig und zu ausschließlich die gesamte Politik und Reaktion der Gewerkschaften auf die nationalsozialistische Bedrohung. Was den Kirchen, die eine ähnliche Haltung einnahmen, gelingen sollte, nämlich ihre Organisation über das „Dritte Reich“ hinweg zu retten, das mißlang den Gewerkschaften wie allen anderen aus der Weimarer Republik stammenden Verbänden. Der Fahrt in den Untergang halfete eine tragische Zwangsläufigkeit an, an der die verantwortlichen Führer wie Leipart entweder persönlich zerbrachen oder aus der sie wie Leuschner den Mut zum konsequenten Widerstand ableiteten.

All die objektiven Zwänge, machtpolitischen Bedingtheiten und auch historischen Zufälle können die heutigen Gewerkschaften nicht davon entbinden, sich ihrer Vergangenheit kritisch zu stellen, und legen es dem Historiker auf, die bereits von Zeitgenossen vorgebrachte Kritik aufzugreifen<sup>144</sup>, ohne indes einen Schuldspruch zu fällen. Aus damaliger und natürlich erst recht aus heutiger Sicht lassen sich grundsätzliche, längerfristig angelegte Fehler aufzeigen. Wären sie nicht begangen worden, hätte die Ent-

wicklung am Ende der Weimarer Republik womöglich einen anderen Verlauf genommen.

1. Der Hauptfehler lag in der Konzeptionslosigkeit, der gewissermaßen unpolitischen Natur der Gewerkschaften. Vor allem die Führung betrachtete die Organisation als eine rein materielle Interessenvertretung. Eine solche Beschränkung auf Wachstum und Wohlstand reicht nicht hin, um die arbeitenden Massen durch eine wirtschaftliche Krise zu führen.
2. In der Passivität und bürokratischen Erstarrung der Führungskader lag ein zweiter, ebenso gewichtiger Fehler. Die Führung des ADGB hatte sich systematisch die Initiative in wirtschaftspolitischen Fragen entreißen lassen und folglich in immer stärkerem Maße den Kontakt mit der Basis verloren.
3. Das Verharren auf legalem Vorgehen, das peinliche Bemühen, sich nicht in ein — unter den gegebenen Umständen fiktives — Unrecht zu setzen, versagen, wenn sich Ideen bewaffnen und die Gegner die Spielregeln des Parlamentarismus nur beachten, um zur Macht zu gelangen und die Demokratie damit abzuschaffen.
4. Der sozialistische Determinismus, die Erwartungshaltung, daß der Sozialismus eines Tages kommen müsse und alle Krisen des kapitalistischen Systems lediglich Naturkatastrophen auf dem langwierigen Weg in das sozialistische Paradies darstellten, verbaute vielen gewerkschaftlichen Funktionären den Blick für die Realitäten und für den notwendigen Wandel. Das gewerkschaftliche Arbeitsbeschaffungsprogramm (WIB-Plan) stellte eine realistische Alternative dar, scheiterte indes am Dogmatismus sozialdemokratischer Parteiführer und an der ideologischen Fixiertheit vieler Gewerkschaftler.
5. Die Fehleinschätzung der Massen, insbesondere jedoch der enttäuschten Jugend, bedingten eine Realitätsblindheit. Ein angemessenes Mitspracherecht der Basis und der Versuch des Dialoges mit einem unbequemem Gegner hätten die Selbstisolation der Gewerkschaften verhindern können.
6. Das Fehlen der Einheitsgewerkschaft und die damalige Struktur nach Berufsverbänden haben sicherlich die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung erschwert. Sie lassen sich in der Fehlerskala indes nur an letzter Stelle benennen, da der ADGB allein mächtig genug war. Gerade die Freien Gewerkschaften versäumten es, die für einen Streik wichtigen Schlüsselverbände, wie Beamte und Eisenbahner, zu integrieren.

Diese sechs Hauptfehler, es ließen sich noch eine Reihe weiterer nebensächlicher aufzählen, wurzelten in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und ihrem Selbstverständnis. Diese Versäumnisse hätten sich vorsichtig und langfristig während der Wirtschaftskrise revidieren lassen, nach dem Machtantritt Hitlers war es dazu zu spät.

Zu dem vor allem von Leipart, dem Gewerkschaftsvorsitzenden, verfolgten Anpassungskurs gegenüber den Nationalsozialisten wurden bereits von innergewerkschaftlichen oppositionellen Stimmen bzw. aus der SPD im wesentlichen drei Alternativen vorgeschlagen:

1. Eine Strategie des Handelns, die über Ausrufung eines Generalstreiks oder zumindest dessen Androhung auf eine Konfrontation mit dem nationalsozialistisch-konservativen Lager hätte abzielen müssen<sup>145</sup>. Ein aufflammender Bürgerkrieg<sup>146</sup>, ja selbst eine Niederlage hätten dabei in Kauf genommen werden müssen. Die Reichs-

wehr war noch keinesfalls auf Hitler eingeschworen und hätte entweder zugunsten der Aufständischen eingegriffen oder zumindest als Ordnungsfaktor die vollziehende Gewalt übernehmen müssen, wie es 1923 bereits einmal geschehen war.

2. Die von der SPD empfohlene ehrenhafte Selbstaufgabe<sup>147</sup> der Gewerkschaften wäre sicherlich eine Alternative gegenüber der praktizierten Selbsterniedrigung gewesen. Da die Nationalsozialisten bis Mitte April kein Gewerkschaftskonzept entwickelt hatten, war es höchst fragwürdig, ob ein solcher ehrenhafter Abgang von nationalsozialistischer Seite überhaupt gewünscht wurde. Statt dessen wären auf den neuen Staat große Schwierigkeiten in einer noch keinesfalls abgesicherten Herrschaftsphase hinzugekommen, wenn die Gewerkschaftsführung durch Auflösung oder Drohung mit der Auflösung Unruhe in der Arbeiterschaft hervorgerufen hätte.
3. Die paramilitärische Ausbildung des „Reichsbanners“<sup>148</sup> in enger Zusammenarbeit mit der Reichswehr — wie sie der Führer des „Reichsbanners“ noch im Dezember 1932 dringend verlangte — hätte das „Bollwerk der Arbeiterschaft“ zu einem realen Machtfaktor werden lassen und den Frontalangriff dieser zahlenmäßig stärksten Schutztruppe gegen die braune Bedrohung erlaubt. Doch auch ohne derartige Vorbereitungen bestand Ende Februar 1933 noch eine, wenn auch geringe Chance eines militärischen Staatsstreiches, der sich die Gewerkschaftsführer entzogen.

Um es abschließend nochmals zu betonen, die erste Demokratie in Deutschland, die Weimarer Republik, wurde nicht von den Gewerkschaften zerstört, sondern durch eine die Volksgemeinschaft erst zersetzende Politik rückwärtsgewandter nationalistischer Eliten, wie besonders unter der Kanzlerschaft Brüning<sup>149</sup>. Die Gewerkschaften wurden jedoch wider ihren Willen zum Helfershelfer beim Aufstieg und Ausbau der von ihnen völlig verkannten nationalsozialistischen Diktatur. Die Zeiten haben sich geändert — Bonn ist nicht Weimar —, doch Wirtschaftskrisen und gesellschaftspolitische Grundströmungen, wie die Sehnsucht nach der heilen, nicht kapitalistischen Welt, sind geblieben. Was die Gewerkschaftszeitung im März 1930, d. h. vor dem nationalsozialistischen Sturm, schrieb, allerdings dann selbst nicht beachtete, gilt daher noch heute genau so: „Man glaube nicht, daß die Gefahren sich immer unter den gleichen Vorzeichen ankündigen, und warte nicht, bis es wieder einmal zu spät ist.“<sup>150</sup>

## Anmerkungen

\* Erweiterte Fassung eines öffentlichen Vortrages, den der Vf. auf einer Gedenkveranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes anlässlich der 50jährigen Wiederkehr der nationalsozialistischen Machtübernahme am 30. Januar 1983 in Freiburg im Breisgau gehalten hat. Es handelt sich daher bei den folgenden Ausführungen um den Versuch, einen Überblick zu geben, nicht aber detaillierte Forschungsergebnisse zu vermitteln.

- 1 Ausführliches Zahlenmaterial bei *Frank Deppe und Witich Roßmann: Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929—1933*. Köln 1981. S. 41 ff. Demnach umfaßten die der SPD nahestehenden Freien Gewerkschaften einschließlich Allgemeiner freier Angestelltenbund 1932 3 932 947 Mitglieder, die zum Zentrum tendierenden

- christlich-nationalen Gewerkschaften einschließlich Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband hatten 1,1 Millionen Mitglieder, und die dem politischen Liberalismus entsprechenden Hirsch-Dunckerschen Gewerbevereine einschließlich Gewerkschaftsbund der Angestellten besaßen etwa 450 000 Mitglieder.
- 2 *Gerhard Beier*: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933. Frankfurt am Main 1975. S. 13: Der ADGB stellte 40 % der Mitglieder des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
  - 3 *Karl Robe*: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966. S. 392 ff.
  - 4 *Hans-Gerd Schumann*: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“. Hannover 1958. S. 14 spricht von 10 Millionen. Doch dürfte diese Zahl wegen der gleichzeitigen Mitgliedschaft der Anhänger in mehreren der Zweigverbände zu hoch gegriffen sein. Das Reichsbanner umfaßte 3 bis 3,5 Millionen Mitglieder (Rohe S. 73).
  - 5 Peter Graßmann am 5. Februar 1933 auf einer Sitzung des SPD-Parteivorstandes mit Vertretern des ADGB. *Wilhelm Hoegner*: Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten. München 1959. S. 154. Im amtlichen Protokoll der Sitzung ist das Zitat nicht wörtlich wiedergegeben. Ihm zufolge erklärte Graßmann, „daß von den Gewerkschaften alle Vorbereitungen für einen Eventualfall getroffen seien.“ (*Hagen Schulze*, Hrsg.: Anpassung oder Widerstand. Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33. Bonn 1975. S. 162). Doch dürfte die von Hoegner überlieferte Version angesichts zahlloser kraftmeischer Deklamationen von gewerkschaftlicher Seite stimmen.
  - 6 Internationaler Militärgerichtshof, Nürnberg. Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. 42 Bde. Nürnberg 1947—1949. Bd. 25. S. 372 ff.: „Niederschrift über die Ministerbesprechung“. Im Gegensatz zu Hitler schätzte Göring die Gefahr eines Generalstreiks nicht hoch ein, da die SPD nicht mitmachen würde.
  - 7 *Beier*, Lehrstück S. 45.
  - 8 *Joseph Goebbels*: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern. München 8. Aufl. 1935. S. 307.
  - 9 Carl Legien (1861—1920) Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1891—1919, Vorsitzender des ADGB 1919—1920; Theodor Leipart (1867—1947) Vorsitzender des ADGB 1920—1933; Robert Ley (1880—1945) Führer der Deutschen Arbeitsfront 1933—1945.
  - 10 Z. B. *Joachim G. Leithäuser*: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik. Köln 1962.
  - 11 Die von Jacob Kaiser, 1918—1933 Landesgeschäftsführer der christlichen Gewerkschaften und 1932/33 Reichstagsabgeordneter des Zentrums, 1947 entworfene Rechtfertigung, die drei Gewerkschaften hätten sich im Frühjahr 1933 in einem Führerkreis zusammengefunden, um dem nationalsozialistischen Zugriff zu widerstehen, stimmte ebenso wenig wie die von ihm überlieferte „Charta der Vereinigung“. Die „Kaiser-Legende“ wurde erst 1975 durch die Rekonstruktion des Schriftstückes über den am 28. April 1933 geschaffenen Führerkreis zerstört. (*Gerhard Beier*: Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933. In: Archiv für Sozialgeschichte 5 (1975) S. 365—392. *Ders.*: Gleichschaltung und Widerstand. Zum Verhalten der deutschen Gewerkschaften im April 1933. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 26 (1975) S. 410—421). Die Überblicksdarstellung von Josef Kurth: Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland. Hannover 4. Aufl. 1965, klammert die gewerkschaftliche Anpassungspolitik vollständig aus.
  - 12 *Hannes Heer*: Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930—1933. Neuwied 1971. Vgl. die Kritik von *Hans Mommsen*: Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930—1944. In: Vom Sozialistengesetz

- zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Boeckler. Hrsg. von Heinz Oskar Vetter. Köln 1975. S. 275—299. (Zur direkten Kritik an Heer Anm. 8, S. 280.)
- 13 *Heinz Oskar Vetter* (Hrsg.): Aus der Geschichte lernen — die Zukunft gestalten. Dreißig Jahre DGB. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften vom 12. und 13. Oktober 1979 in München. Köln 1980. Siehe insbesondere die Kontroverse zwischen Frank Deppe und Henryk Skrzypczak (S. 141 ff.) in der Arbeitsgruppe über das Ende der Weimarer Republik.
- 14 Vgl. Anm. 1.
- 15 Im ADGB betrug das Verhältnis Arbeiter—Angestellte etwa 10 : 1, bei den christlichen Gewerkschaften etwa 1 : 1, bei dem Hirsch-Dunckerschen 1 : 2. Vgl. die Tabelle über die Angestelltenverbände bei *Deppe/Roßmann* (Anm. 1) S. 42. Überblicksdarstellung zu den freien Gewerkschaften: *Gerard Brauntabl*: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund. Zur Politik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Köln 1981. Zur Geschichte der organisierten christlichen Arbeiterbewegung siehe die umfassende Darstellung von *Michael Schneider*: Die Christlichen Gewerkschaften 1894—1933. Bonn 1982. Zur Entwicklung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine fehlt eine jüngere Monographie.
- 16 Zur Gewerkschaftsbewegung im wilhelminischen Deutschland: *Heinz Josef Varain*: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890—1920). Düsseldorf 1956.
- 17 Zum „Vaterländischen Hilfsdienstgesetz“ vom 2. 12. 1916: *Gerald D. Feldman*: Army, Industry, and Labor in Germany 1914—1918. Princeton 1966. S. 197—249.
- 18 Zur ‚Massenstreikdebatte‘ 1905: *Frank Deppe* u. a. (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Köln 2. Aufl. 1978, S. 88 ff.
- 19 *Henryk Skrzypczak*: Zur Strategie der Freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik. In: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung (vgl. Anm. 12) S. 208.
- 20 *Gerald D. Feldman*: German Business between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement. In: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag. Hrg. von *Cerhard A. Ritter*. Berlin 1970. S. 312—342; *ders.*: Die Freien Gewerkschaften und die Zentralarbeitsgemeinschaft. In: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung (vgl. Anm. 12) S. 229—252.
- 21 Reichsgesetzblatt 1923, Teil I, S. 1043. *Ursula Hüllbüsch*: Koalitionsfreiheit und Zwangstarif. Die Stellungnahme des ADGB zu Tarifvertrag und Schlichtungswesen in der Weimarer Republik. In: Ulrich Engelhardt u. a. (Hrsg.): Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Stuttgart 1976. S. 599—652, hier S. 607 ff.
- 22 *Deppe/Roßmann* (vgl. Anm. 1) S. 45. Die Christlichen Gewerkschaften mit 1,69 Millionen Organisierten erreichten ebenfalls 1920 den Höchststand, die Hirsch-Dunckerschen 1921 mit 524 544 Mitgliedern.
- 23 *Ludwig Preller*: Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949. S. 205 f.; *Rudolf Kunda*: Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie. In: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung (vgl. Anm. 12) S. 256 ff.
- 24 Zu den Forderungen der Gewerkschaften (9-Punkte-Programm): *Deppe* (vgl. Anm. 18) S. 162 ff.; *Varain* (vgl. Anm. 16) S. 174 ff.
- 25 Siehe das Kapitel „Die wiedergewonnene Einheit: Der Kampf für eine freie Wirtschaft und die vertikale Konzentration (1920—21)“ bei *Gerald D. Feldman* und *Heidrun Homburg*: Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916—1923. Hamburg 1977. S. 94—112.
- 26 Ebenda S. 129—159. Zur Beendigung der ZAG: *Heinrich Kaun*: Die Geschichte der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Diss. rer. pol. Berlin 1938. S. 114 f.

- 27 *Deppe/Roßmann* (vgl. Anm. 1) S. 41. 1926 zählte der ADGB nur noch 4,3 Millionen Mitglieder, die christlichen Gewerkschaften verloren etwa ein gutes Drittel ihrer Organisierten (Mitgliederstand 1926: 972 303), die Hirsch-Dunckerschen etwa 22 % (1924: 410 576).
- 28 Zu den von Hilferding 1924 entwickelten Gedanken: *Robert A. Gates*: Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929—1933. In: *Hans Mommsen* u. a. (Hrsg.): *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*. Köln 1974. S. 206—225, hier S. 212 ff. *Heinrich August Winkler*: Einleitende Bemerkungen zu Hilferdings Theorie des organisierten Kapitalismus. In: *Ders.* (Hrsg.): *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*. Göttingen 1974. S. 9—18.
- 29 *Fritz Naphtali*: *Wirtschaftsdemokratie — Ihr Wesen, Weg und Ziel*. Berlin 1928 (Neuaufgabe Frankfurt am Main 1966).
- 30 Ebenda S. 182 ff.: „Gegenwartsforderungen“.
- 31 Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929. (Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Nr. 49) Berlin 1929. Zur Diskussion auf der folgenden RDI-Tagung am 12. Dezember 1928: *Reinhard Neebe*: Großindustrie, Staat und NSDAP 1930—1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik. Göttingen 1981. S. 51 ff.
- 32 *Ursula Hüllbüsch*: Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise. In: *Werner Conze* und *Hans Raupach* (Hrsg.): *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929—1933*. Stuttgart 1967. S. 126—154, hier S. 140 ff. Vgl. auch den Artikel „Regierungswechsel“ in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 5. April 1930.
- 33 Die von Knut Borchart verfochtene revisionistische Aufwertung der Unternehmerschaft und Brünnings in der Weltwirtschaftskrise („Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes“) hat trotz dreimaliger Publikation (letztmalig in *Josef Becker* und *Klaus Hildebrand* (Hrsg.): *Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929—1933*. München 1980. S. 287—325) nicht überzeugt. Siehe die Entgegnung von Carl-Ludwig Holtfrerich: Alternativen zu Brünnings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise? In: *Historische Zeitschrift* 235 (1982) S. 605—631.
- 34 *Beier*, Lehrstück (vgl. Anm. 2) S. 20 f.
- 35 Tagung der Bundesausschüsse des ADGB am 30. Mai 1930. „Gewerkschaftszeitung“ vom 7. Juni 1930 S. 357. Vgl. auch „Gewerkschaftszeitung“ vom 22. Februar 1930 und 10. Mai 1930.
- 36 *Skrzypczak* (vgl. Anm. 19) S. 214.
- 37 So z. B. in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 2. August 1930: „Ungeheuerlichkeit ihrer (der Reichsregierung) faschistischen Verordnungen“. Zur Tolerierung der Lohnsenkungen: *Udo Wengst*: Unternehmerverbände und Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1930. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977) S. 99—119, hier 111. Zur Rechtfertigung der Tolerierungspolitik (Abwehr der Diktatur — Schutz des Parlamentarismus) „Gewerkschaftszeitung“ vom 3. Januar 1931.
- 38 *Hüllbüsch* (vgl. Anm. 21) S. 640 f. zur Resignation der Führungsspitze. Die Basis hingegen neigte zu offensivem Vorgehen und gründete am 16. Dezember 1931 — auch als Antwort auf die „Harzburger Front“ — die „Eiserne Front“ Vgl. *Deppe/Roßmann* (Anm. 1) S. 105 ff.
- 39 *Heer* (vgl. Anm. 12) S. 38 f. In einem Aufruf vom 13. Oktober 1930 machte der ADGB die Reparationen für das Chaos in der Wirtschaft verantwortlich.
- 40 *Skrzypczak* (vgl. Anm. 19) S. 213 f. insbes. Anm. 34.
- 41 *Heer* (vgl. Anm. 12) S. 55.
- 42 Ebenda S. 54. Hitlers Rede vor Industriellen am 18. Mai 1932.

- 43 Ebenda S. 52.
- 44 *Skrzypczak* (vgl. Anm. 19) S. 214: Antwort Fritz Tarnow (Vorsitzender der Holzarbeitergewerkschaft) auf entsprechende Warnungen Franz Josef Furtwänglers, des Leiters der Auslandsabteilung des ADGB, 1930 vor den Septemberwahlen.
- 45 *Deppe/Roßmann* (vgl. Anm. 1) S. 36 f.; *Skrzypczak* (vgl. Anm. 19) S. 215.
- 46 *Deppe/Roßmann* (vgl. Anm. 1) S. 46. Von den Mitgliedern der KPD waren im Herbst nur noch 11 % in einem Arbeitsverhältnis (*Andreas Dorpalen*: SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik. In: Vierteljahrsheft für Zeitgeschichte 31 (1981) S. 77—107, hier S. 86).
- 47 *Deppe/Roßmann* (vgl. Anm. 1) S. 41 ff.: Der ADGB verlor zwischen 1929 und 1932 1 363 410 (= 25,7 %), die christlichen Gewerkschaften verloren 173 096 (= 13,6 %) und die Hirschdunckerschen 48 730 (= 9,8 %) ihrer Mitglieder. Internationale Vergleichszahlen bei *Sidney Pollard*: 'The Trade Unions and the Depression of 1929—1933. In: *Mommsen*, Industrielles System (vgl. Anm. 28) S. 237—248. Demnach war der Mitgliederschwund der Gewerkschaften in Deutschland entsprechend der rasanten Entwicklung der Arbeitslosigkeit am drastischsten im Vergleich zu den USA und Großbritannien.
- 48 *Rohe* (vgl. Anm. 3) S. 392 ff.
- 49 Ebenda S. 414 ff.
- 50 Ebenda S. 449 ff. Vgl. die Auseinandersetzung zwischen Karl Höltermann, dem Führer des „Reichsbanners“, und den Parteiführern auf Sitzungen des Parteiausschusses am 10. November 1932 und 16. Dezember 1932. Protokolle bei *Schulze*, Anpassung (vgl. Anm. 5) S. 15—130.
- 51 Siehe die Zusammenstellung der unterschiedlichen Positionen in dem Kapitel „Zur konjunkturtheoretischen und -politischen Diskussion in der Zeit der Weltwirtschaftskrise“ und die Schlußbemerkung zur aktiven Konjunkturpolitik anderer Länder bei *Michael Schneider*: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Bonn 1975. S. 28 ff. und S. 215 ff. Ferner *Udo Kissenkötter*: Gregor Straßer und die NSDAP. Stuttgart 1978. S. 94 ff.; vgl. auch die Überlegungen der englischen Gewerkschaften, die im Bevin-Plan — „My Plan for 2.000.000 Workless“ — mündeten. (Pollard, vgl. Anm. 47, S. 247.)
- 52 *Berd Martin*: Wirtschaftliche Konzentration und soziale Konflikte in Japan. In: *Dietmar Rothermund* (Hrsg.): Die Peripherie in der Weltwirtschaftskrise: Afrika, Asien und Lateinamerika 1929—1939. Paderborn 1983. S. 197—224, hier S. 215.
- 53 Hrsg. von *Curries*. Berlin 1931.
- 54 *Rohe* (vgl. Anm. 3) S. 380 f.
- 55 Dazu *Kissenkötter* (vgl. Anm. 51) S. 83 ff.
- 56 Das folgende im wesentlichen nach *Wolfgang Zollitsch*: Einzelgewerkschaften und Arbeitsbeschaffung: Zum Handlungsspielraum der Arbeiterbewegung in der Spätphase der Weimarer Republik. In: *Geschichte und Gesellschaft* 8 (1982) S. 87—115. Zum innergewerkschaftlichen Widerstand, u. a. auch Leiparts, siehe die Dokumente bei *Deppe/Roßmann* (vgl. Anm. 1) S. 148 ff. und die Darstellung von *Gates* (vgl. Anm. 21) S. 217 ff. Ausführlichste Monographie von *Schneider*, Arbeitsbeschaffungsprogramm (vgl. Anm. 51).
- 57 *Zollitsch* S. 107, Tarnow in Reaktion auf das Gegenprogramm des Afa-Bundes vom 22. März 1932, das sich stark an orthodoxe Vorstellungen der Partei anlehnte.
- 58 Umbau der Gewerkschaft. Die Forderungen der Gewerkschaften. Hrsg. vom ADGB. Berlin 1932. Auszüge bei *Deppe/Roßmann* (vgl. Anm. 1) S. 165 ff.
- 59 Rede *Gregor Straßers* vom 10. Mai 1932 im Reichstag. Vgl. *Kissenkötter* (Anm. 51) S. 83 ff.
- 60 So übereinstimmend im Tenor *Gates* (vgl. Anm. 21), *Pollard* (vgl. Anm. 47), *Zollitsch* (vgl. Anm. 56), *Schneider* (vgl. Anm. 51) sowie die jüngsten Bestandsaufnahmen von *Ilans-Hermann Hartwich*: Parteien und Verbände in der Spätphase der Weimarer Republik, und *Heinrich-August Winkler*: Spielräume der Sozialdemokratie — Zur Rolle der SPD in Staat und Gesell-

- schaft der Weimarer Republik. Beide in: *Volker Rittberger* (Hrsg.): 1933. *Wie die Republik der Diktatur erlag*. Stuttgart 1983. S. 90 f. bzw. 73. Indifferent *Skrzypczak* (vgl. Anm. 19) und *Heer* (vgl. Anm. 12); als untauglich bewertet bei *Deppe* (vgl. Anm. 18) S. 198. Für die damalige KPD war der Plan „Sozialfaschismus“ (*Gates*, Anm. 28, S. 220); aber auch der RDI lehnte ihn ab wie die Regierung Brüning, die am 20. Mai 1932 im Kabinett ein Arbeitsbeschaffungsprogramm lediglich in Höhe von 135 Millionen Mark zur Beruhigung der Öffentlichkeit einbrachte (*Gates* S. 222).
- 61 Vgl. Anm. 59. *Tarnow* äußerte nach der Rede: „Dieses Referat hätte einer von uns halten müssen“. (*Heer*, Anm. 19 S. 57).
- 62 *Mommsen* (vgl. Anm. 12) S. 276 f., *Dorpalen* (vgl. Anm. 46) S. 97; hingegen messen *Skrzypczak* (vgl. Anm. 19) S. 217 und *Winkler* (vgl. Anm. 60) S. 72 Widerstandsaktionen der Partei und Gewerkschaften keine Erfolgsaussichten bei.
- 63 *Robe* (vgl. Anm. 3) S. 426 ff.
- 64 Siehe den Text des Aufrufes und Gegenaufrufes des ADGB bei *Deppel/Roßmann* (vgl. Anm. 1) S. 172 ff. Die Durchhalteparolen des „Vorwärts“ (Ebenda S. 174) und die Aufrufe zum entschlossenen Handeln in der „Gewerkschaftszeitung“ (23. und 30. Juli 1932) täuschten über die Inaktivität der Führung hinweg.
- 65 Aufzeichnung von *Otto Wels* zum 20. Juli 1932. In: *Schulze*, *Anpassung* (vgl. Anm. 5) S. 3—14, insbes. S. 8 f.
- 66 Ebenda.
- 67 *Neebe* (vgl. Anm. 31) S. 76 f.
- 68 Ebenda S. 132 f.
- 69 *Helmut Marcon*: *Die Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierungen Papen und Schleicher*. Bern 1974.
- 70 *Neebe* (vgl. Anm. 31) S. 133 f.
- 71 *Kissenkötter* (vgl. Anm. 51) S. 162 ff.
- 72 Ebenda S. 105 f. Auch *Axel Schildt*: *Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik*. Frankfurt am Main 1981. S. 158.
- 73 Zu Straßers vielfältigen Kontakten: *Kissenkötter* (vgl. Anm. 31) S. 127 ff.
- 74 Vgl. dazu die quellenkritische Untersuchung von *Heinrich Muth*: *Schleicher und die Gewerkschaften 1932. Ein Quellenproblem*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 29 (1981) S. 189—215. Demnach sind die von Franz von Papen (Vom Scheitern einer Demokratie 1930—33. Mainz 1968. S. 258 f.) in Umlauf gebrachten vermeintlich amtlichen Niederschriften aus der Reichskanzlei, die Eingang in die wissenschaftliche Literatur fanden (vgl. *Heer*, Anm. 12, S. 157 ff: *Abdruck im Wortlaut*), eine Fälschung. Es existiert indes eine Gedächtnis-Niederschrift Leiparts, die authentisch ist (*Abdruck bei Deppel/Roßmann*, vgl. Anm. 1, S. 184—188). Die Initiative zu dem Gespräch ging von Hans Schäffer, ehem. Staatssekretär im Reichsfinanzministerium unter Brüning, aus (*Muth* S. 195 f.).
- 75 *Kissenkötter* (vgl. Anm. 51) S. 145 ff.
- 76 Ebenda S. 130; *Heer* (vgl. Anm. 12) S. 84 f.; *Günther Gereke*: *Ich war königlich-preußischer Landrat*. Berlin 1970. S. 194 ff.
- 77 *Kissenkötter* (vgl. Anm. 51) S. 147, Anm. 129. *Muth* (vgl. Anm. 74) S. 206: Auf Kabinettslisten, die Ende August 1932 im Umlauf waren, firmierte Straßer als Vizekanzler neben Schleicher als Reichskanzler und Leipart als Arbeits- und Wirtschaftsminister.
- 78 Ebenda S. 206.
- 79 *Kissenkötter* (vgl. Anm. 51) S. 151.
- 80 *Heer* (vgl. Anm. 12) S. 85.
- 81 *Deppel/Roßmann* (vgl. Anm. 1) S. 201 ff.

- 82 Ebenda S. 212 ff.
- 83 Öffentliche Rede Straßers in Dresden am 3. September 1932 (*Kissenkötter*, Anm. 51, S. 148 ff.). Ob das von Kissenkötter S. 153 angenommene zweite Gespräch zwischen der Regierung von Papen und den Gewerkschaften am 9. September überhaupt stattfand, erscheint nach *Muth* (vgl. Anm. 74, S. 206 ff.) äußerst zweifelhaft.
- 84 Am 14. Dezember 1932. Siehe den Kommentar in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 17. Dezember 1932.
- 85 *Schildt* (vgl. Anm. 72) S. 166 f.; *Muth* (vgl. Anm. 74) S. 209 (am 28. November 1932).
- 86 *Kissenkötter* (vgl. Anm. 51) S. 162 ff.
- 87 *Leithäuser* (vgl. Anm. 10) S. 85; *Schulze* (vgl. Anm. 5) S. XXIII ff.
- 88 Vgl. Anm. 50.
- 89 *Vetter* (vgl. Anm. 13) S. 149, am 26. Januar 1933 (Referat Skrzypczak).
- 90 *Beier*, Lehrstück (vgl. Anm. 2) S. 39: Otto Wels am 26. April 1933 vor der Reichskonferenz der SPD.
- 91 *Schulze*, Anpassung (vgl. Anm. 5) S. 131 ff.: Protokoll der Sitzung des Parteivorstands mit Vertretern der Reichstagsfraktion und des ADGB am Vormittag des 30. Januar 1933 im Reichstag.
- 92 Ebenda S. 137 ff.: Sitzung des Parteiausschusses mit Vertretern der Reichstagsfraktion und der „Eisernen Front“ am 31. Januar 1933 im Reichstag.
- 93 Siehe „Gewerkschaftszeitung“ vom 4. Februar 1933, Aufruf vom 30. Januar 1933 und Bericht über die Bundesausschußsitzung des ADGB vom 31. Januar 1933.
- 94 *Dorpalen* (vgl. Anm. 46) S. 105.
- 95 *Robe* (vgl. Anm. 3) S. 457 f.
- 96 Vgl. Anm. 93.
- 97 *Beer*, Lehrstücke (vgl. Anm. 2) S. 24.
- 98 *Heer* (vgl. Anm. 12) S. 101 f.
- 99 Dazu ausführlich *Dorpalen* (vgl. Anm. 46); zur Diskussion im ADGB-Bundesausschuß am 21. Juni 1932 siehe *DeppelRoßmann* (vgl. Anm. 1) S. 141 ff.
- 100 *Schulze*, Anpassung (vgl. Anm. 5) S. 161 ff.: Sitzung des Parteivorstandes des ADGB am 5. Februar 1933. Zitat S. 165.
- 101 Dazu eine anschauliche Schilderung aus der „Provinz“ bei *Gerhard Beier*: *Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung*. Köln 1978. S. 90 ff.
- 102 *Ian Kershaw*: *The Führer Image and Political Integration. The Popular Conception of Hitler in Bavaria during the Third Reich* und *Lothar Kettenacker*: *Sozialpsychologische Aspekte der Führerherrschaft*. Beide in: *Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker* (Hrsg.): *Der „Führerstaat“: Mythos und Realität*. Stuttgart 1981. S. 133 ff.
- 103 Ausführungen von *Ernst Schlimme*, Bundesvorstand des ADGB, am 5. Februar 1933. Vgl. Anm. 100.
- 104 Ebenda.
- 105 Ebenda S. 165. Wels' Schlußausführungen nach den Forderungen Aufhäusers.
- 106 *Graßmann* am 12. Februar 1933 auf einer Großkundgebung der „Eisernen Front“ in Berlin (*Schumann*, Anm. 4, S. 55 f.); *Leipart* am 14. Februar 1933 in Leipzig. „Gewerkschaftszeitung“ vom 18. Februar 1933.
- 107 „Gewerkschaftszeitung“ vom 25. Februar 1933.
- 108 Vgl. Anm. 6.
- 109 *Leithäuser* (vgl. Anm. 10) S. 93 ff. (23. und 25. Februar 1933); *Heer* (vgl. Anm. 12) S. 225 Anm. 282; *Beier*, Gleichschaltung (vgl. Anm. 11), S. 415.
- 110 *Robe* (vgl. Anm. 3) S. 461 ff.
- 111 Ebenda S. 464 f.

- 112 „Gewerkschaftszeitung“ vom 18. März 1933. Aufhäuser trat angeblich auf Drängen Leiparts am 29. März 1933 zurück, da er als „Jude und revolutionärer Sozialist eine zu schwere Belastung geworden sei“ (*Fleer*, Anm. 12, S. 106).
- 113 „Gewerkschaftszeitung“ vom 18. März 1933. Erklärung vom 8. März 1933. *Schneider* (vgl. Anm. 15) S. 758 f.
- 114 „Gewerkschaftszeitung“ vom 18. März 1933. Erklärung vom 15. März 1933.
- 115 Am 11. April 1933. *Heer* (vgl. Anm. 12) S. 106.
- 116 In der „Gewerkschaftszeitung“ vom 11. März 1933 findet sich lediglich eine von der Redaktion erstellte Wahlanalyse, in der die Gewerkschaftler indirekt zur Pflichterfüllung gemahnt werden und die Regierung Hitler als legal bezeichnet wird. Der Bundesvorstand rang sich am 10. März zu einem Schreiben an Hindenburg durch, in dem Leipart gegen die Besetzung von Gewerkschaftshäusern protestierte. Dieser Brief anstelle einer offiziellen Stellungnahme findet sich in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 18. März 1933.
- 117 *Beier*, Gleichschaltung (vgl. Anm. 11) Eintragung vom 15. März 1933 hinter Aufzeichnungen über Sitzungen des Vorstandes und des Bundesausschusses.
- 118 *Schulze*, Anpassung (vgl. Anm. 5) S. 167 ff.: Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am 14. März 1933.
- 119 Ebenda S. 177.
- 120 Ebenda S. XXXI und S. 181 ff. Über Hitlers „Friedensrede“ vom 17. Mai 1933, die mehrheitlich von der SPD-Reichtagsfraktion öffentlich gutgeheißen wurde, kam es zur Spaltung zwischen der nach Prag emigrierten Gruppe um Wels und den im Reich verbliebenen SPD-Führern. Die Spaltung wurde am 19. Juni formell vollzogen, am 22. Juni die SPD im Reich als ‚landesverräterisch‘ verboten.
- 121 „Gewerkschaftszeitung“ vom 25. März 1933.
- 122 *Schumann* (vgl. Anm. 4) S. 57. Dieses Schreiben wurde vermutlich wegen der verunsicherten Basis nicht mehr in der „Gewerkschaftszeitung“ abgedruckt.
- 123 Wortlaut bei *Schumann* (vgl. Anm. 4) S. 166 (ebenfalls damals nicht veröffentlicht).
- 124 *Helga Grebing*: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick. München 1966. S. 220.
- 125 *Beier*, Lehrstück (vgl. Anm. 2) S. 25, „Gewerkschaftszeitung“ vom 8. April 1933: Insgesamt wurden 160 massive Übergriffe, meist von SA-Leuten, auf gewerkschaftliches Eigentum (Häuser) bzw. Funktionäre nach Berlin an den ADGB-Vorstand gemeldet. Anfang April 1933 waren trotz staatlicher Verordnungen zur Freigabe der Häuser noch 46 besetzt bzw. polizeilich geschlossen oder beschlagnahmt.
- 126 *Schneider* (vgl. Anm. 15) S. 697 ff.
- 127 *Goebbels* (vgl. Anm. 8) S. 283 (17. März 1933): „Ein paar Oberschlaue aus den Christlichen Gewerkschaften machen bei mir Besuch, um über die Teilnahme ihrer Anhänger am neuen Staat zu verhandeln. Ich lasse sie ganz kurz abfahren. Sie werden nicht mehr lange von ihren Anhängern reden können.“ *Mommsen* (vgl. Anm. 12) S. 288; *Beier*, Führungskreis (vgl. Anm. 11) S. 366 ff.
- 128 *Goebbels* (vgl. Anm. 8) S. 297 ff. (11. April 1933). Am 24. April richtete der Vorsitzende der Christlichen Gewerkschaften ein Schreiben an Hitler mit der Bitte um einen persönlichen Empfang durch den Reichskanzler (Abdruck bei *Beier*, Führungskreis, Anm. 11, S. 374). Handschriftliche Notiz am Kopf des Schriftstückes: „Der Herr Reichskanzler wünscht einen Empfang erst in der ersten Hälfte des Mai, falls dann noch notwendig.“
- 129 *Beier*, Lehrstück (vgl. Anm. 2) S. 32. Die christlichen Gewerkschaften erhielten 7,68, die Hirsch-Dunckerschen 0,6 % und die kommunistische „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ 4,9 % aller Stimmen.
- 130 „Gewerkschaftszeitung“ vom 8. April 1933.

- 131 *Beier*, Lehrstück (vgl. Anm. 2) S. 34.
- 132 Zum folgenden *Schumann* (vgl. Anm. 4) S. 35 ff.
- 133 Ebenda S. 40: Von Goebbels im Januar 1932 ausgegebenes Motto.
- 134 Mitgliedertabelle bei *Kissenkötter* (vgl. Anm. 51) S. 78: Im Dezember 1932 gehörten 294 042 Personen der NSBO an.
- 135 Protokoll bei *Heer* (vgl. Anm. 12) S. 168—173.
- 136 *Goebbels* (vgl. Anm. 8) S. 299; *Beier*, Lehrstück (vgl. Anm. 2) S. 35 und 42 f.; *Schumann* (vgl. Anm. 4) S. 67, Wortlaut des Einsatzbefehls von Ley vom 21. April 1933 ebenda S. 168—170. Zur Aktion am 2. Mai und der Behandlung der Gewerkschaftsführer durch die SA: *Beier*, Lehrstück S. 15 ff.
- 137 *Beier*, Lehrstück (vgl. Anm. 2) S. 39.
- 138 Aufrufe des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses zum 1. Mai in „Gewerkschaftszeitung“ vom 22. April 1933.
- 139 *Beier*, Führerkreis (vgl. Anm. 11). Rekonstruierter Text S. 389—392.
- 140 Vgl. den Überblick bei *Mommsen* (Anm. 12) S. 289 ff.
- 141 *Beier*, Gleichschaltung (vgl. Anm. 11) S. 421. Am Tag vor seiner Hinrichtung, 28. September 1944, soll Leuschner seinen inhaftierten Gefährten zugerufen haben: „Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit“.
- 142 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED. Bd. 4: 1924 bis Januar 1933, Bd. 5: Von Januar 1933 bis Mai 1945. Berlin-Ost 1966.
- 143 *Friedrich Engels*: Deutschland am Vorabend der Revolution (25. Oktober 1851). In: *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Bd. 8, Berlin-Ost S. 5.
- 144 Das folgende in Anlehnung an die Kritik des englischen Sozialwissenschaftlers Harold J. Laski (Ein Wort der Mahnung. In: *Sozialistische Revolution. Monatsschrift für Probleme des Sozialismus* 1 (Oktober 1933) S. 11—14). Zitiert bei *Beier*, Lehrstück (vgl. Anm. 2) S. 47 f.
- 145 Exponent dieser Richtung war Aufhäuser, vgl. oben S. 616 und S. 617.
- 146 Vgl. den Diskussionsbeitrag von *Ossip K. Flechtheim* in: *Vetter* (vgl. Anm. 13) S. 174.
- 147 Aufzeichnung Wels. Abdruck bei *Heer* (vgl. Anm. 12) S. 190—193, hier S. 192.
- 148 Vgl. oben S. 613 die Vorstellungen des Reichsbannerführers Karl Höltermann.
- 149 Vgl. dazu die Ausführungen von Holtfrerich (Anm. 33 S. 627 ff.) über den Primat der Politik Brünings gegenüber dem ökonomischen Sachverstand.
- 150 Schlußsatz eines Gedenkartikels zur 10jährigen Wiederkehr des Kapp-Putsches in „Gewerkschaftszeitung“ vom 8. März 1930.